

Ansiedlungsstrategie 2023 des Landes Brandenburg



Inhaltsverzeichnis

1	<u>Einleitung</u>	4
2	<u>Neuausrichtung der Ansiedlungspolitik</u>	5
2.1	Trends in der Ansiedlung	5
2.2	Strategische Ziele der Ansiedlungspolitik	6
2.2.1	Strategisches Ziel 1: Brandenburg als neues industrielles Zentrum in Deutschland	6
2.2.2	Strategisches Ziel 2: Profilschärfung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg	6
2.2.3	Strategisches Ziel 3: Ganzheitliche Ansiedlungspolitik als Erfolgschance	5
2.2.4	Strategisches Ziel 4: Brandenburg als Land der Guten Arbeit	7
2.3	Standortfaktor Fach- und Arbeitskräfte	8
2.4	Standortfaktor Gewerbeflächen	8
2.5	Unterstützung landesbedeutsamer Ansiedlungen im Standortwettbewerb	9
2.6	Umsetzung in der Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB)	9
2.7	Besondere regionale Entwicklungen in Brandenburg	11
2.8	Verknüpfung der Ansiedlungsstrategie mit weiteren Landesstrategien	11
3	<u>Stand und Einordnung der brandenburgischen Ansiedlungsentwicklung</u>	12
3.1	Ansiedlungsentwicklung in Brandenburg 2012 - 2022	12
3.2	Einordnung der Brandenburger Ansiedlungsstrategie	16
3.2.1	Clusterstrategie	16
3.2.2	Gewerbe- und Industrieflächen	17
3.2.3	Fachkräftesicherung	18
3.2.4	Industriestrategie Brandenburg	20
3.2.5	Förder- und Finanzinstrumentarium	21
3.2.6	Standortmarketing	23
3.2.7	Länderübergreifende Kooperationen	25
3.3	Regionalspezifische Ansiedlungsfaktoren	26
3.3.1	Regionalentwicklungsstrategie	25
3.3.2	Regionale Schwerpunkte	26
3.3.3	Ansiedlungsrelevante Infrastrukturausstattung	31
3.3.4	Regionale Rahmenbedingung	34
3.4	Digitales Informationsangebot der Ansiedlung in Brandenburg – Brandenburg Business Guide	36
4	<u>Handlungsfelder zu den Strategischen Zielen der Ansiedlungspolitik</u>	37
4.1	Strategisches Ziel 1: Brandenburg als neues industrielles Zentrum Deutschlands	37
4.1.1	Handlungsfeld: Gewerbe- und Industrieflächenpotenziale nutzen	38
4.1.2	Handlungsfeld: Industriefreundlichkeit als Standortfaktor	39
4.1.3	Handlungsfeld: Förderarchitektur im Standortwettbewerb	39
4.2	Strategisches Ziel 2: Profilschärfung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg	39
4.2.1	Handlungsfeld: Zielbranchen, Wertschöpfungsketten, qualitative Kriterien	40
4.2.2	Handlungsfeld: Von Clustern über Cross-Cluster zu Transformationsthemen	40
4.2.3	Handlungsfeld: Teilstrategien für Themen und Regionen	41
4.3	Strategisches Ziel 3: Ganzheitliche Ansiedlungspolitik als Erfolgschance	41
4.3.1	Handlungsfeld: Einbeziehung der Behörden und Verfahrensoptimierung	42
4.3.2	Handlungsfeld: Ansiedlungen im Einklang mit Klimaschutz und Nachhaltigkeit	43

4.3.3	Handlungsfeld: Länderübergreifende Kooperationen ausbauen	44
4.4	Strategisches Ziel 4: Brandenburg als Land der Guten Arbeit	44
4.4.1	Handlungsfeld: Anpassung an neue Herausforderungen	45
4.4.2	Handlungsfeld: Gewährleistung Guter Arbeit für einen „Place-to-be“	45
4.4.3	Handlungsfeld: Strategische Anwerbeoffensive von Fachkräften	45
5	<u>Literaturverzeichnis</u>	46

Abkürzungsverzeichnis

Bafa	Bundesamt für Wirtschaft und Ausführkontrolle
BBG	Brandenburger Business Guide
BMDV	Bundesministerium für Digitales und Verkehr
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klima
EFRE	Europäische Fonds für Regionale Entwicklung
ELER	Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
ESF+	Europäische Sozialfond plus
GE	Gewerbeflächen
GI	Industrieflächen
GL	Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin Brandenburg
GRW	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“
GTAI	Germany Trade and Invest
GZK	Gemeinsames Zukunftskonzept für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum - Vision 2030
IKT	Informations- und Kommunikationstechnik
innoBB	Gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg
JTF	Just Transition Fond
KAG DF	Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum Airport Berlin Brandenburg
LEP HR	Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg
MWAE	Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg
OEM	original equipment manufacturer (Erstausrüster oder Originalgerätehersteller)
RWK	Regionale Wachstumskerne
SAS	Sächsische Agentur für Strukturentwicklung
StStG	Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen
WFBB	Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH
WFS	Wirtschaftsförderung Sachsen
WRL	Wirtschaftsregion Lausitz

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anzahl Direktinvestitionen	12
Abbildung 2: Investitionsvolumen in Mio. EUR durch Direktinvestitionen	12
Abbildung 3: Arbeitsplätze durch Direktinvestitionen	13
Abbildung 4: Investitionsvolumen in Mio. EUR nach Branchen 2012 - 2020	13
Abbildung 5: Neugeschaffene Arbeitsplätze gesamt 2012 -2020	14
Abbildung 6: Standortangebote in den Regionalen Planungsgemeinschaften	15
Abbildung 7: Projektzahlen im Zeitraum 2012 - 2021 für die regionalen Planungsregionen	15
Abbildung 8: Hebesätze der Gemeinden 2020 in Prozent	36

1 Einleitung

Mit der vorliegenden Ansiedlungsstrategie, welche die Konzeption aus dem Jahr 2011 fortschreibt und weiterentwickelt, wird der landesseitige Gestaltungs- und Handlungsrahmen für eine proaktive Gestaltung der Ansiedlungsaktivitäten in Brandenburg definiert. Die Fortschreibung der Konzeption basiert auf den wirtschaftspolitischen Leitvorgaben des Koalitionsvertrags mit dem Titel: „Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Sicherheit – Ein neues Kapitel für Brandenburg“. Daraus ergibt sich, dass im Rahmen der Wirtschaftspolitik die Nachhaltigkeit eine stärkere Gewichtung bekommen muss. Diese Neuausrichtung soll bei Ansiedlungen forciert werden und insbesondere strukturschwachen Regionen unterstützen.

Das Ansiedlungsgeschehen befindet sich in einem Wandlungsprozess. Stand der Fokus der Ansiedlung in den vergangenen Jahrzehnten im Zeichen quantitativer Vorgaben, ändert sich dieses immer stärker hin zu qualitativen Faktoren. Diese Änderung ist begrüßenswert und notwendig, da die Verfügbarkeit von Flächen sowie Fach- und Arbeitskräften limitierende Faktoren für Ansiedlungen darstellen. Der tendenziell rückläufige Fördermittelbestand stellt auch die Landesregierung vor die Herausforderung, bei der Ansiedlung eine Priorisierung und Akzentuierung auf nachhaltige und zukunftssichere Wertschöpfungsketten, insbesondere in den Clusterbranchen in Brandenburg vorzunehmen.

Die ansiedlungsspezifischen Vorgaben des Koalitionsvertrages sowie die aktuellen ökonomischen, geopolitischen und technologischen Entwicklungen der für Brandenburg relevanten Gewerbe- und Industriebranchen skizzieren hierbei den Handlungsrahmen. Gerade die aktuellen technologischen Entwicklungen z. B. im Rahmen der Digitalisierung, der massive Wandel in der Mobilität sowie das Landesziel der Erreichung von Klimaneutralität bis spätestens 2045 und die Anforderungen der Anpassung an den Klimawandel beeinflussen den nationalen und internationalen Wettbewerb um ansiedlungsinteressierte Unternehmen. Dies gilt umso mehr, wenn es um die erfolgreiche Etablierung strukturbedeutsamer Unternehmen der für Brandenburg wichtigen Clusterbranchen sowie den Aufbau von Wertschöpfungsketten geht. Die Ansiedlungsstrategie soll einen nachhaltigen Beitrag leisten, um klimakonform Wachstum und Innovation im Lande zu fördern, zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen sowie Wertschöpfung in den Zulieferketten auch der heimischen Wirtschaft zu stärken. Mit gezielten Maßnahmen der Akquisition relevanter Unternehmen soll dieser Prozess proaktiv begleitet und unterstützt werden. Die Ansiedlungsstrategie trägt damit zur langfristigen Strukturstärkung im Land durch an Nachhaltigkeit orientiertes wirtschaftlichen Wachstum, Ausbau der Wertschöpfungsketten und Erhöhung des Wohlstands in der Bevölkerung bei.

Die Metropolregion Berlin-Brandenburg, begünstigt durch den BER, die Entwicklung in der Oder-Spree-Region und der Strukturentwicklungsprozess in der Lausitz sind heute schon maßgebliche Treiber für die positive Entwicklung des Landes – dies hat bereits eine weltweit deutlich sichtbare Signalwirkung. Bei der strategischen Strukturentwicklung durch Ansiedlungsvorhaben werden dabei die jeweiligen Belange vor Ort erfasst und berücksichtigt. Eine Verstetigung der Kooperationen und der Kommunikation mit allen Verantwortlichen der Regionen wird hierbei als wichtige Grundlage gesehen, um den Ansiedlungsprozess in der notwendigen Weise auch zukünftig erfolgreich gestalten zu können.

In der Ansiedlungsstrategie werden für das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Energie (MWAE) sowie für die mit der Ansiedlung betraute Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB) die fachlichen Handlungsfelder zur Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen definiert. Die Handlungsfelder stützen sich dabei auf die politischen Zielsetzungen einerseits, sowie andererseits auf die regionalen Gegebenheiten. Existenzgründungen, Bestandspflege von Unternehmen, Außenhandel sowie Betriebserweiterungen sind dabei nicht Gegenstand der vorliegenden Ansiedlungsstrategie. Die Umsetzung der Handlungsfelder zu

den Strategischen Zielen der Ansiedlungspolitik steht unter dem Vorbehalt der verfügbaren Haushaltsmittel des Landes.

2 Neuausrichtung der Ansiedlungspolitik

2.1 *Trends in der Ansiedlung*

Die Ansiedlungsdynamik im Land wird durch ein stark wachsendes Interesse von Unternehmen an Brandenburg geprägt. Dies eröffnet neue Möglichkeiten für gezielte landesseitige Akquisitionen, auch für Regionen im Strukturwandel wie der Lausitz („Lausitz Investor Center“ von WFBB und WFS) oder Uckermark (WFBB Büro in Schwedt/Oder).

Die Ansiedlungsnachfrage steigt in allen Regionen des Landes an. Verzeichnete die WFBB vor 5 bis 10 Jahren noch ein Ergebnis von gut 30 Direktinvestitionen pro Jahr, sind es seit 2017 durchgehend mehr als 40. Seit 2018 übersteigt die Zahl der Direktinvestitionen deutlich die der Erweiterungsinvestitionen. Bei den damit verbundenen Arbeitsplätzen haben die Direktinvestitionen bereits seit 2015 einen deutlichen Vorsprung vor den Firmenerweiterungen. Die Anzahl der in Bearbeitung befindlichen laufenden Ansiedlungsprojekte liegt in langjähriger Betrachtung bei gut 200 Projekten in allen Projektstadien. Heute ist die Anzahl mit mehr als 350 Projekten höher denn je¹.

Auch die Zahl der über die Bundesgesellschaft Germany Trade and Invest (GTAI) nach Brandenburg vermittelten Wettbewerbsanfragen steigt signifikant an. Dabei sind deutlich mehr große bis sehr große internationale Investitionsprojekte festzustellen. Zugleich steht das Land dadurch bei immer mehr Vorhaben in einem harten internationalen Wettbewerb mit anderen starken Standorten z.B. in Mittel- und Osteuropa (darunter mit den Sonderwirtschaftszonen in Polen).

Mit einem Anteil von mehr als 50 Prozent dominieren aktuell Ansiedlungsvorhaben der Industrie erheblich gegenüber anderen Branchen. In den industriellen Ansiedlungsvorhaben enthalten ist auch der Entwicklungstreiber Moderne Mobilität. Auf dem zweiten Platz folgt bei den Ansiedlungsprojekten die Gesundheitswirtschaft.

Ein Grund für diese positive Nachfrageentwicklung ist der sogenannte „Tesla-Effekt“ durch die Entscheidung zum Bau der europäischen Gigafactory in Brandenburg. Dies hat nicht nur die Basis für eine neue Wertschöpfungskette der Elektromobilität gelegt, sondern Unternehmen auch aus anderen Branchen verstärkt auf Brandenburg aufmerksam gemacht.

Während Brandenburg in früheren Jahren mit einer großen Zahl an Branchenkompetenzfeldern (heute: neun Cluster) eher von einer breiten Themenstreuung geprägt war, hat der Standort in den vergangenen drei Jahren eine deutliche Profilschärfung erfahren als:

- Standort der Modernen Mobilität,
- Zentrum der deutschen Energiewende,

¹ Darstellung der WFBB, intern

- Region für Nachhaltige Produktion
(insb. Kreislaufwirtschaft, Leichtbau, Bioökonomie).

Diese Profile werden auch international wahrgenommen und spiegeln sich in den aktuellen Ansiedlungsanfragen wider.

2.2 *Strategische Ziele der Ansiedlungspolitik*

2.2.1 *Strategisches Ziel 1: Brandenburg als neues industrielles Zentrum in Deutschland*

Brandenburg hat heute die Chance, sich zu einem „neuen industriellen Zentrum“ in Deutschland zu entwickeln. Die hohe Nachfrage von außen, die damit verbundenen Chancen für ansässige Betriebe und die starke inhaltliche Profilierung des Landes bilden dafür beste Voraussetzungen. Notwendig zur Erreichung des strategischen Ziels ist die systematische Entwicklung aller notwendigen Standortfaktoren, aber auch eine frühzeitige Antizipation von limitierenden Faktoren wie Fach- und Arbeitskräften, Gewerbe- und Industrieflächen (GE- und GI-Flächen), natürliche Ressourcen sowie auch die zukünftig zur Verfügung stehenden Fördermittel.

2.2.2 *Strategisches Ziel 2: Profilschärfung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg*

Über viele Jahre hatte Brandenburg als Wirtschaftsstandort – anders als andere Bundesländer – ein eher breites und damit wenig ausgeprägtes Standortprofil. Diese Heterogenität wirkte abfedernd in Krisenzeiten wie der Finanzmarktkrise, ist aber für Wachstum durch Ansiedlungen eher kontraproduktiv. Ein starkes Profil mit ausgeprägten Wertschöpfungsketten und passenden Clustern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung erhöht die Chancen für weitere Ansiedlungen und damit auf einen selbstverstärkenden Effekt. Als Querschnittsbranchen kommt hierbei der Ansiedlung von Digital-Unternehmen sowie von Unternehmen der Chip- und Halbleiterindustrie in den kommenden Jahren eine wachsende Bedeutung zu. Damit soll zum einen die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der Gesamtwirtschaft Brandenburgs gesichert und weiterentwickelt werden. Zum anderen leisten diese Branchen einen Beitrag zu den laufenden Bestrebungen auf EU- und Bundesebene, die digitale Souveränität in Brandenburg, Deutschland und Europa zu stärken.

In den zurückliegenden drei Jahren hat Brandenburg eine massive Profilschärfung erreicht, vor allem in den Bereichen Moderne Mobilität, Energiewende und Nachhaltige Produktion. Dies ermöglicht nun den gezielten Aufbau neuer Wertschöpfungsketten, beispielsweise in der Elektromobilität und der Batterietechnologie. Umgekehrt darf Profilierung nicht zu Monostrukturen oder zu Abhängigkeiten von wenigen Abnehmern, kurzen Zyklen oder knappen Ressourcen führen. Ansiedlungsmanagement wird dadurch künftig immer mehr auch Aufwand-Nutzen-Bewertung sowie Risikoabschätzung bedeuten.

2.2.3 *Strategisches Ziel 3: Ganzheitliche Ansiedlungspolitik als Erfolgchance*

Der größte Ansiedlungserfolg Brandenburgs und bis dato in ganz Ostdeutschland seit der Deutschen Einheit – die Ansiedlung von Tesla – war nur möglich durch eine hoch engagierte und streng vertrauliche konzertierte Aktion verschiedener Beteiligter auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene. Dieses ressortübergreifende Verständnis für agile und strukturierte Zusammenarbeit muss sich Brandenburg bewahren und auch in Zukunft für strategisch bedeutsame Neuansiedlungen einsetzen. Mit einer ganzheitlichen Betrachtung, die neben der wirtschaftsfördernden Akquisitionsarbeit von Beginn an auch

Themen wie geeignete Gewerbeflächen in Abwägung mit dem Ziel des Erhalts landwirtschaftlicher Nutzfläche, Belangen des Natur- und Umweltschutzes, Verkehrsinfrastruktur, Fachkräfte, Wohnumfeld, soziale Infrastruktur etc. berücksichtigt, kann Brandenburg auch in Zukunft Erfolge im nationalen und internationalen Standortwettbewerb erzielen. Eine integrierte Standortentwicklung, die neben passenden Gewerbeflächen und geeigneten Zulieferern auch „weiche“ Standortfaktoren, wie das Wohn- und Lebensumfeld neu hinzuziehender Fachkräfte und deren Familien umfasst, ist ein wichtiger Faktor für das ganzheitliche Ansiedlungsmanagement. Den Kommunen kommt hierbei eine besondere Rolle zu, da sie integrierte Stadtentwicklungskonzepte aufstellen und umsetzen sowie die alleinigen Träger der Planungshoheit sind. Aus diesem Grund kommt der zukünftigen Zusammenarbeit mit Landkreisen sowie den kreisfreien und kreisangehörigen Städten bei der Anwendung der Strategie eine besondere Bedeutung zu. Entsprechend wird das MWAE die Ansiedlungsstrategie 2023 im weiteren Verfahren den kommunalen Spitzenverbänden vorstellen. Hierbei soll die Zusammenarbeit bei Ansiedlungsverfahren sowie die ansiedlungsbezogenen kommunalen Leistungen, bezogen auf die jeweiligen regionalen Bedürfnisse, thematisiert werden.

Die Frage nach dem großen Erfolg der Ansiedlung – „Welche Voraussetzungen muss Brandenburg schaffen, um ein nachhaltiges und innovatives Land der Modernen Mobilität zu werden?“ – führt automatisch zu einer integrierten Standortentwicklung, die neben passenden Gewerbeflächen und geeigneten Zulieferern auch „weiche“ Standortfaktoren wie das Wohn- und Lebensumfeld neu hinzuziehender Fachkräfte und ihrer Familien umfasst. Diese „Gretchenfrage“ muss für alle Clusterbranchen gestellt werden.

2.2.4 Strategisches Ziel 4: Brandenburg als Land der Guten Arbeit

Die Arbeitslosigkeit in Brandenburg ist in den vergangenen Jahren deutlich gesunken und liegt im Landesdurchschnitt inzwischen unter sechs Prozent (BA, o.D.). Damit hat es Brandenburg im deutschlandweiten Vergleich in das gute Mittelfeld geschafft. Im Vergleich zur Situation zurückliegender Jahrzehnte ist dies ein gewaltiger Erfolg. Zugleich sind jedoch fast ein Drittel der Erwerbsbevölkerung in Brandenburg Geringverdienende² (Seils und Emmler, 2022). Hier liegt Brandenburg deutschlandweit noch im unteren Drittel. Die Aufgabe der Ansiedlungspolitik ist künftig nicht mehr nur die Bereitstellung möglichst vieler neuer Arbeitsplätze durch Ansiedlungsunternehmen, sondern auch die gezielte Anwerbung von Firmen, die mit ihrem Gehaltsniveau zur Wohlstandsverbesserung im Land beitragen können. Mit der Entwicklung Brandenburgs zu einem neuen industriellen Zentrum in Deutschland soll auch eine Qualitätssteigerung für die Erwerbstätigen einhergehen.

Zugleich dürfen fehlende Fach- und Arbeitskräfte Ansiedlungen nicht beschränken. Deutschlandweit und auch in Brandenburg werden qualifizierte Fachkräfte immer bedeutsamer für die Entwicklung nachhaltiger Wirtschafts- und Wertschöpfungsstrukturen. Um weiteres Wachstum und Wohlstand durch Neuansiedlungen im Land zu induzieren, müssen deshalb alle Möglichkeiten - auch international - genutzt werden, um Fach- und Arbeitskräfte in Brandenburg zu halten, zu qualifizieren und für Brandenburg anzuwerben. Die gezielte Fachkräftewerbung wird zu einem neuen Element ganzheitlicher Ansiedlungspolitik. Dabei sind die Voraussetzungen für Brandenburg sehr gut: Der Standort ist mit bedeutenden Ansiedlungserfolgen deutschlandweit und international bekannt und populär geworden. Der

² Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung, Ø Bund: 18,7 Prozent, Ø BB: 31,5 Prozent

hohe Ausbaustand Erneuerbarer Energien und die Bedeutung nachhaltiger Entwicklung im Land ist gerade für junge Menschen attraktiv. Und nicht zuletzt hat Brandenburg viel Raum und landschaftliche Schönheit als Lebens- und Wohnstandort zu bieten. Damit kann Brandenburg zu einem neuen „Place to be“ für Fach- und Arbeitskräfte sowohl aus Deutschland als auch aus dem Ausland werden.

2.3 Standortfaktor Fach- und Arbeitskräfte

Brandenburg muss ein Land der Guten Arbeit werden. Wie oben ausgeführt ist die geringe Arbeitslosenquote ein großer Erfolg, muss nun aber mit einer schrittweisen Verbesserung des Lebensstandards verbunden werden. Das Lohnniveau muss sich an das westdeutsche Niveau anpassen. Zur Fachkräftesicherung und -gewinnung sollte ein stärkerer Fokus auf Absolventen von Brandenburger Hochschulen, auf Fach- und Arbeitskräfte sowie Hochschulabsolventen aus Berlin, aus dem benachbarten Polen und aus dem weiteren Ausland, gelegt werden.

Eine erfolgreiche Ansiedlungsstrategie kann ein wichtiger Einstiegsfaktor für Zuwanderung sein. Neben dem Image eines „Place to be“ müssen dafür auch die realen Rahmenbedingungen vor Ort geschaffen werden (z.B. die aktuelle Kampagne „Krasse Lausitz“).

2.4 Standortfaktor Gewerbeflächen

Die Verfügbarkeit von Flächen ist derzeit noch ein wesentlicher Standortvorteil für Brandenburg im internationalen Standortwettbewerb. Doch der Umfang der nachgefragten Flächen steigt erheblich. Besonders hoch sind die Bedarfe gerade in den für Brandenburg besonders interessanten Branchen. Dies zeigt die Auswertung der 28 größten aktuellen Investitionsanfragen.

Zur Deckung der Flächennachfrage wird derzeit das landesweite Gewerbe- und Industrieflächenkonzept erstellt - mit einer Priorisierung der identifizierten Potenzialstandorte nach:

- kurzfristig verfügbaren GE- und GI-Flächen
- mittelfristig verfügbaren GE- und GI-Flächen
- langfristig verfügbaren GE- und GI-Flächen

Ausdrücklich sieht das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept einen sachbezogenen und nachhaltigen Umgang mit Freiflächen vor. Wenn das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept gezielt für wertschöpfungsstarke, nachhaltige sowie forschungs- und entwicklungsstarke Branchen insbesondere der Modernen Mobilität, der Energiewende und der Nachhaltigen Produktion eingesetzt wird, kann Brandenburg im Wettbewerb den Standortvorteil der Flächenverfügbarkeit genau dort ausspielen, wo der größte Mehrwert erzielbar ist. Dafür müssen neue Standortentwicklungen planungsseitig mit verbindlichen inhaltlichen Schwerpunkten verbunden werden. Dies sollte ein Kriterium für die Landesbedeutsamkeit einer Standortentwicklung sein.

Standortentwicklungen müssen mehr denn je mögliche Interessenkollisionen, beispielsweise in Bereichen wie Flächenkonkurrenz – insbesondere mit der Land- und Forstwirtschaft, Wassernutzung, Waldbestand oder Energieverfügbarkeit von Beginn an thematisieren und im Konsens auflösen. Nicht

jeder Standort eignet sich für jede Nutzung. Die vorsorgliche Landschafts- und Flächennutzungsplanung ist die wesentliche Grundlage für nachhaltige Standortentscheidungen.

Die planungsrechtliche Ausweisung qualifizierter Gewerbe- und Industrieflächen liegt – wie bereits unter 2.2.3 dargelegt – in der alleinigen Zuständigkeit der Kommunen des Landes Brandenburg. Bestehende Infrastrukturen (auch „weiche“) müssen ebenfalls in die Betrachtung der Standortauswahl einbezogen werden.

Große, gut gelegene und zusammenhängende Gewerbeflächen sind heute überall „Goldstaub“ – sie sind selten, sollten gut gehütet und zum richtigen Zeitpunkt für den richtigen Zweck eingesetzt werden. Vor allem aber müssen sie überhaupt verfügbar sein, oder verfügbar gemacht werden. Sonst würde jeder Ansiedlungsversuch erfolglos bleiben. Deshalb ist ergänzend zur Ansiedlungsstrategie auch das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept notwendig.

2.5 Unterstützung landesbedeutsamer Ansiedlungen im Standortwettbewerb

Brandenburg hat sich bei der Tesla-Ansiedlung im harten Standortwettbewerb gegen Standorte in ganz Deutschland und darüber hinaus durchgesetzt. Um solche strategischen Erfolge auch in Zukunft erreichen zu können, bedarf es einer gezielten und konzertierten Unterstützung landesbedeutsamer Ansiedlungen im Standortwettbewerb.

Die Landesbedeutsamkeit wird künftig bereits bei der Standortentwicklung knapper werdender Gewerbe- und Industrieflächen eine wichtige Rolle spielen. Über die definierten Branchen der Wachstumscluster der Hauptstadtregion wird künftig auch die Ausrichtung des Vorhabens auf große Transformationsthemen wie Klimaneutralität, Moderne Mobilität, Energiewende, Nachhaltige Produktion, Digitalisierung und Gesundheitsversorgung der Zukunft zu berücksichtigen sein. Ökologisch und ökonomisch nachhaltige Vorhaben mit einer hohen Wertschöpfung, einem hohen Innovationsgrad und Kooperationspotenzialen in die Forschungslandschaft der Hauptstadtregion sind ebenfalls von höherer Bedeutsamkeit. Schließlich spielen auch soziale Aspekte (u.a. „Gute Arbeit“) eine wichtige Rolle, verbunden mit der Frage: Trägt das Ansiedlungsvorhaben zur Wohlstandsentwicklung und -sicherung der Bevölkerung bei?

Im Flächenland Brandenburg kommt zudem der Regionalen Entwicklungsstrategie sowie den Regionalen Wachstumskernen eine hohe Bedeutung zu. Auch sie sollten bei der Bewertung der Landesbedeutsamkeit berücksichtigt werden.

Der internationale Standortwettbewerb führt dazu, dass dieser sowohl hinsichtlich der Anforderungen potentieller Investoren als auch auf Seiten der Anbieter laufend beobachtet und analysiert werden muss, um für Brandenburg die bestmögliche Wettbewerbsposition zu bestimmen und umzusetzen. Neben der fortgesetzten Standortprofilierung muss durch Maßnahmen eines zielgruppenspezifischen Standortmarketings die internationale Bekanntheit insgesamt erhöht werden.

2.6 Umsetzung in der Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB)

Die WFBB hat die satzungsmäßige Aufgabe der Akquisition und Ansiedlung neuer Unternehmen im Land. Sie ist der wesentliche Träger des Landes zur Umsetzung dieser Ansiedlungsstrategie. Dabei kann die

WFBB auf mehr als 20 Jahre Erfahrung und Erfolge in der Ansiedlung neuer Unternehmen, auch aus dem europäischen Ausland zurückblicken.

Ausgangspunkte für die Umsetzung der Ansiedlungsstrategie sind klar abgegrenzte Investorengruppen und -segmente, um gezielt Wertschöpfungsketten (weiter-) zu entwickeln, strategische Projekte für alle Regionen des Landes zu akquirieren und marktgetriebene Investitionspotenziale aufzuschließen. Die WFBB fokussiert dabei sowohl auf die bereits genannten Profildomänen als auch auf die starken, in Wachstumsclustern verdichteten Branchen und standortbezogenen Kompetenzen (Standortqualitäten). Die WFBB hat dafür ihre Ansiedlung in Branchenteams organisiert, die zugleich im Rahmen des „Key Account Managements“ im Land Schlüsselunternehmen im Bestand unterstützen. Durch diese Verbindung behält die Akquisition immer auch die „Bodenhaftung“ zur Unternehmensstruktur im Land und kann gegenüber potenziellen Ansiedlungskunden profund zur betreffenden Branche im Land beraten.

Der Schwerpunkt der Akquisition wird zunehmend auf die Ansiedlung wertschöpfungsintensiver, innovativer sowie ökonomisch und ökologisch nachhaltig arbeitender Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft mit Fokus auf Industrie (insbesondere OEM) und industrienahen Dienstleistungen gerichtet.

Das Team Standortentwicklung der WFBB erarbeitet professionelle Standortangebote für Investitionsanfragen und berät zudem Kommunen bei der strategischen Standortentwicklung. Das Konzept umfasst auch beratende Hilfestellungen der WFBB bei der Projektorganisation in der Verantwortung der zuständigen Kommune einschließlich des Förder- und Finanzmanagements. Auch daraus ergeben sich ein hohes fachliches Know-how und wertvolle Synergien im Ansiedlungsgeschäft. Das Team verantwortet auch die Erstellung und Auswertung des landesweiten Gewerbe- und Industrieflächenkonzeptes im Auftrag des Wirtschaftsministeriums. Die Federführung in der strategischen Beratung zur anschließenden Umsetzung des Konzeptes ist in der WFBB vorgesehen.

Gleich zwei Teams der WFBB bieten Services im Bereich der Fach- und Arbeitskräfte an. Mit dieser besonderen Konstellation, die es erlaubt, sowohl bei den Fachkräften und deren Qualifizierung als auch bei deren Integration sowie weiteren sozialen Innovationen qualifiziert zu unterstützen, hat die WFBB bis heute ein Alleinstellungsmerkmal integrierter Wirtschafts- und Arbeitsförderung in Deutschland. Bereits heute berät WFBB arbeitensinteressierte Unternehmen zu Fachkräftepotenzialen sowie zu Unterstützungsinstrumenten zur Fachkräftegewinnung und -qualifizierung.

Die Wachstumscluster der Hauptstadtregion liefern ein sehr breites inhaltliches Portfolio zur Bestimmung akquisitionsrelevanter Unternehmen, so dass die WFBB ihre Ansiedlungskapazitäten auf wertschöpfungsstarke Schwerpunktfelder fokussieren muss. Die Gesellschaft hat ihre Strukturen bereits der aktuellen Nachfragesituation angepasst und beispielsweise das Team Mobilität gestärkt. Die WFBB arbeitet in der Ansiedlung nicht allein, sondern eng vernetzt im ganzen Land und darüber hinaus. Mit den regionalen (kreislichen) Wirtschaftsförderungen wurden feste Kooperationsverträge geschlossen, die u. a. das Procedere in der Ansiedlungskooperation beschreiben. Auch außerhalb Brandenburgs setzt sich die Ansiedlungskooperation fort, zuvorderst mit der GTAI, der Wirtschaftsförderung des Bundes, die weltweit für den Standort Deutschland um Investoren wirbt. Mit den Nachbarländern Berlin und Sachsen hat die WFBB Kooperationsvereinbarungen zur gemeinsamen Ansiedlung für die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg und für die Transformationsregion Lausitz (mit Sachsen) abgeschlossen.

2.7 *Besondere regionale Entwicklungen in Brandenburg*

Als großes Flächenland hat Brandenburg in seinen Regionen unterschiedliche Themenschwerpunkte, überregionale Ausrichtungen und Entwicklungsthemen. Diese wird das Land in besonderer Weise berücksichtigen und auch hier die Verantwortlichen eng einbinden. Dies betrifft beispielsweise

- das Umfeld in Ost-Brandenburg,
- das wirtschaftliche Umfeld des Flughafens BER (Airport Region),
- den Strukturwandel in der Lausitz,
- weitere Regionen mit strukturellen Herausforderungen (z.B. die Landkreise Prignitz und Uckermark).

Im Rahmen dieser Ansiedlungsstrategie wird aus Kapazitätsgründen nicht weiter auf einzelne Regionen eingegangen.

2.8 *Verknüpfung der Ansiedlungsstrategie mit weiteren Landesstrategien*

Die Ansiedlungsstrategie ist synergetisch mit weiteren Landesstrategien verbunden:

- Die Cluster- und Innovationsstrategie (innoBB) definiert die besonders wachstums- und entwicklungsrelevanten Branchen, Transformationsthemen und Innovationsfelder des Landes und der Hauptstadtregion und ist damit ein wichtiger Anhaltspunkt für die inhaltliche Schwerpunktsetzung der Akquisitionsarbeit.
- Das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept ist essenzielle Voraussetzung für die Identifizierung der Verfügbarkeit geeigneter großer Gewerbegebiete für Neuansiedlungen – auch mittel- und langfristig.
- Die Fach- und Arbeitskräftestrategie liefert die Grundlage für die entscheidungserhebliche Frage nach der Rekrutierung und Qualifizierung von Fach- und Arbeitskräften im Zuge der Ansiedlungsanbahnung.
- Die zukünftige Industriestrategie Brandenburg wird strategische Ansätze für den Wandel der Industrie hin zur Klimaneutralität 2045 unter gleichzeitiger Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit definieren. Sie wird die bisherigen Arbeiten der industriepolitischen Leitlinien integrieren und Synergien zu anderen Fach- und Teilstrategien des Landes herstellen, wie der Ansiedlungsstrategie, um so den ökologischen Wandel der Industrie ganzheitlich zu unterstützen. In dem Ausbau einer fortschrittlichen und erfolgreichen Industrieregion im Einklang mit Ökologie und Ökonomie liegen die industriellen Zukunftschancen Brandenburgs.

Die Förderlandschaft Brandenburgs, insbesondere aus Mitteln von GRW, ESF+ und EFRE, bietet für viele Unternehmen eine attraktive monetäre Ergänzung zu den „harten“ Standortfaktoren vor Ort an den Ansiedlungsstandorten.

Darüber hinaus ist die Ansiedlungsstrategie mit den strategischen Ansätzen der übrigen Fachressorts auf vielfältige Weise verknüpft. Dies gilt insbesondere für die im Landwirtschafts-, Umwelt- und Klimabereich entwickelten Strategien des MLUK, für die von der Staatskanzlei verantworteten Themen (z.B. Regionale-Ansatz, Nachhaltigkeitsstrategie), für die Strategien des MIL (z.B. der Stadtentwicklung und Wohnen, der Raumordnung und der Verkehrspolitik, aktuell das Güterverkehrskonzept), des MWFK (z.B. InnoBB), das

Gemeinsame Zukunftskonzept für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum – Vision 2030) sowie für die wirtschaftsrelevanten Strategien der übrigen Häuser.

3 Stand und Einordnung der brandenburgischen Ansiedlungsentwicklung

3.1 *Ansiedlungsentwicklung in Brandenburg 2012 - 2022*

Für den Ausblick auf die zukünftige Entwicklung und die abzuleitenden Handlungsfelder ist ein kurzer Rückblick notwendig, um die Entwicklungen in einen entsprechenden Kontext setzen zu können.

Nachfolgend werden dazu die Anzahl der Direktinvestitionen, das Investitionsvolumen sowie die dabei geschaffenen Arbeitsplätze der vergangenen Jahre betrachtet.

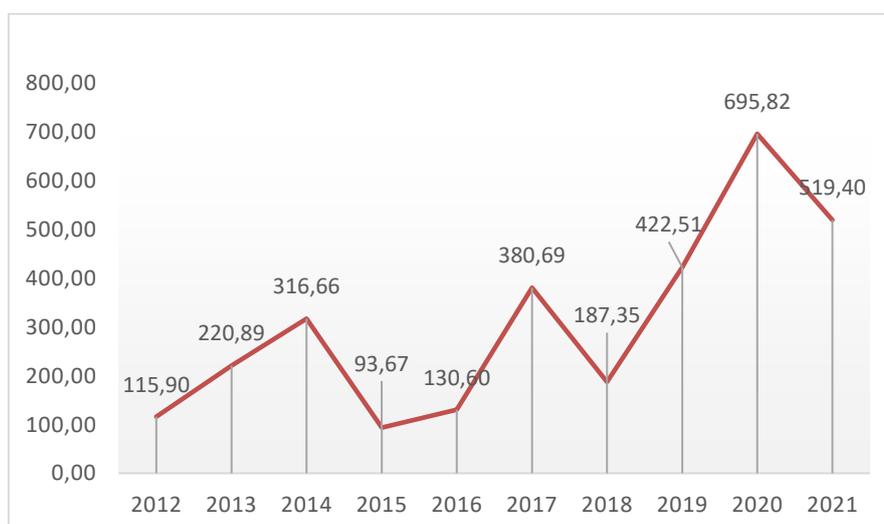
Abbildung 1: Anzahl Direktinvestitionen



Quelle: WFBB 2022

Die Anzahl der Ansiedlungen weist einen positiven Trend aus. Die Abbildung 1 stellt den Verlauf seit 2012 dar. Weiterhin ist positiv festzustellen, dass auch in den Pandemie Jahren 2020 und 2021 kein nennenswerter Rückgang zu verzeichnen war.

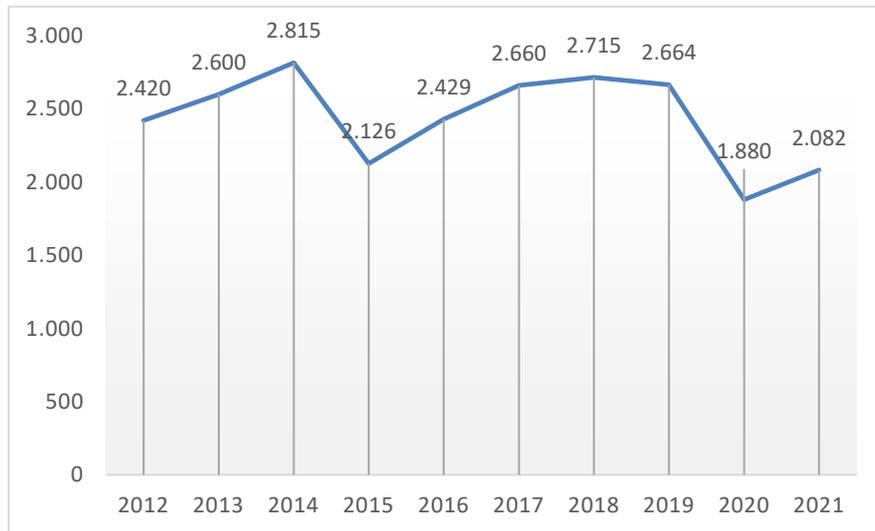
Abbildung 2: Investitionsvolumen in Mio. EUR durch Direktinvestitionen



Quelle: WFBB 2022

Der Investitionswert der Direktinvestitionen hat entgegen der Anzahl der Direktinvestitionen sogar in den Jahren 2019 und 2020 deutlich zugelegt und liegt auch im Jahr 2021 auf über durchschnittlich hohem Niveau. Der starke Anstieg im Jahr 2020 ist insbesondere auf die erhöhten Investitionen in der Kunststoff- und Chemiebranche zurückzuführen.

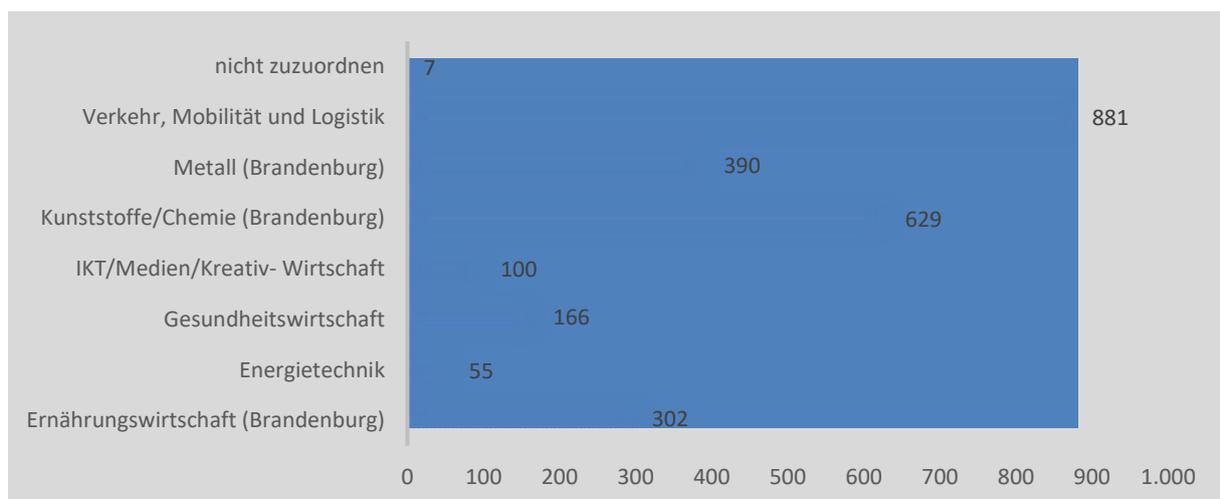
Abbildung 3: Arbeitsplätze durch Direktinvestitionen



Quelle: WFBB 2022

Die durch Ansiedlungen geschaffenen Arbeitsplätze verzeichnen seit 2015 einen positiven Trend. 2020, das erste Jahr der Covid-19-Pandemie, unterbrach diesen Trend, jedoch auf weiterhin hohem Niveau. Im Jahr 2021 ist bereits wieder eine Steigerung bei den neu geschaffenen Arbeitsplätzen zu verzeichnen.

Abbildung 4: Investitionsvolumen in Mio. EUR nach Branchen 2012 - 2020



Quelle: WFBB 2022

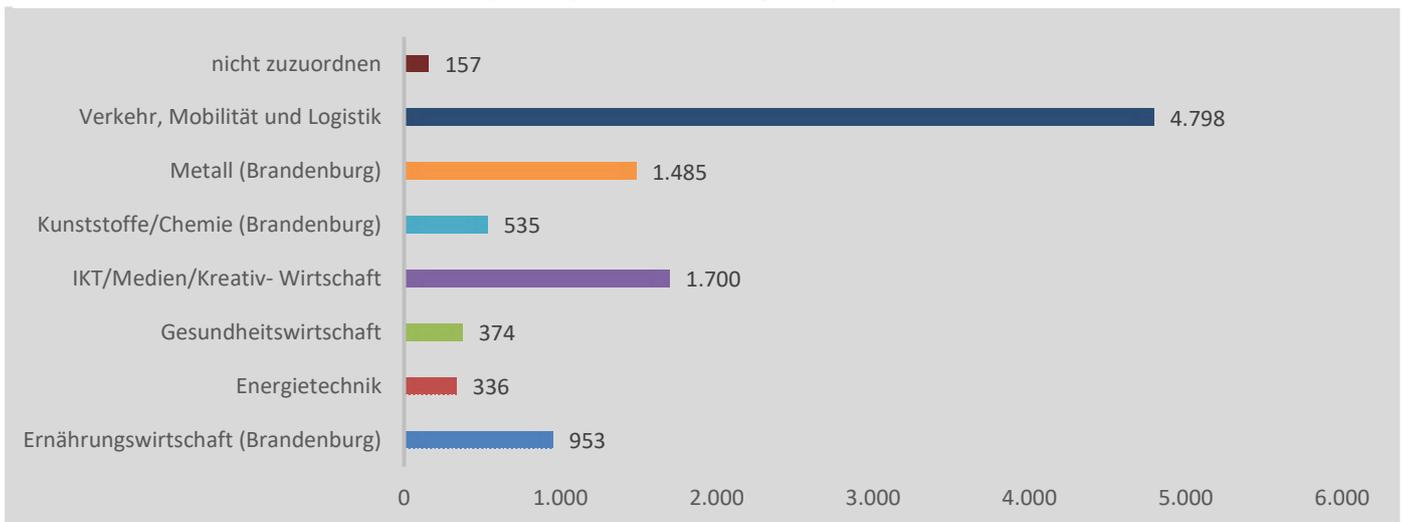
Quelle: WFBB 2021

Das Ansiedlungsmanagement des Landes Brandenburg hat in den vergangenen Jahrzehnten einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Strukturaufbau in allen Teilregionen des Landes gewährleistet.

Richtet man den Blick auf die einzelnen Branchen, so zeigen sich allerdings klare Unterschiede und branchenspezifische Besonderheiten. Beispielsweise wurden besonders hohe Investitionen im Bereich Verkehr, Mobilität und Logistik getätigt, wodurch hier auch mit Abstand die meisten Arbeitsplätze geschaffen wurden. Fokussiert man den Blick auf das Investitionsvolumen pro Arbeitsplatz, kommt der Kunststoff- und Chemiebranche eine herausragende Rolle zu.

Allerdings sind diese Phänomene sehr volatil und abhängig von jeweiligen Zeit- und Technikrends. Beispiel hierfür ist die IKT/Medien-Branche. Die aktuellen Ansiedlungsgespräche in diesem Bereich zeigen zunehmend eine Trendwende durch das steigende Interesse an der Ansiedlung von Datenzentren, die sehr hohe Investitionsvolumina voraussetzen bei vergleichsweise geringem Fachkräftebedarf.

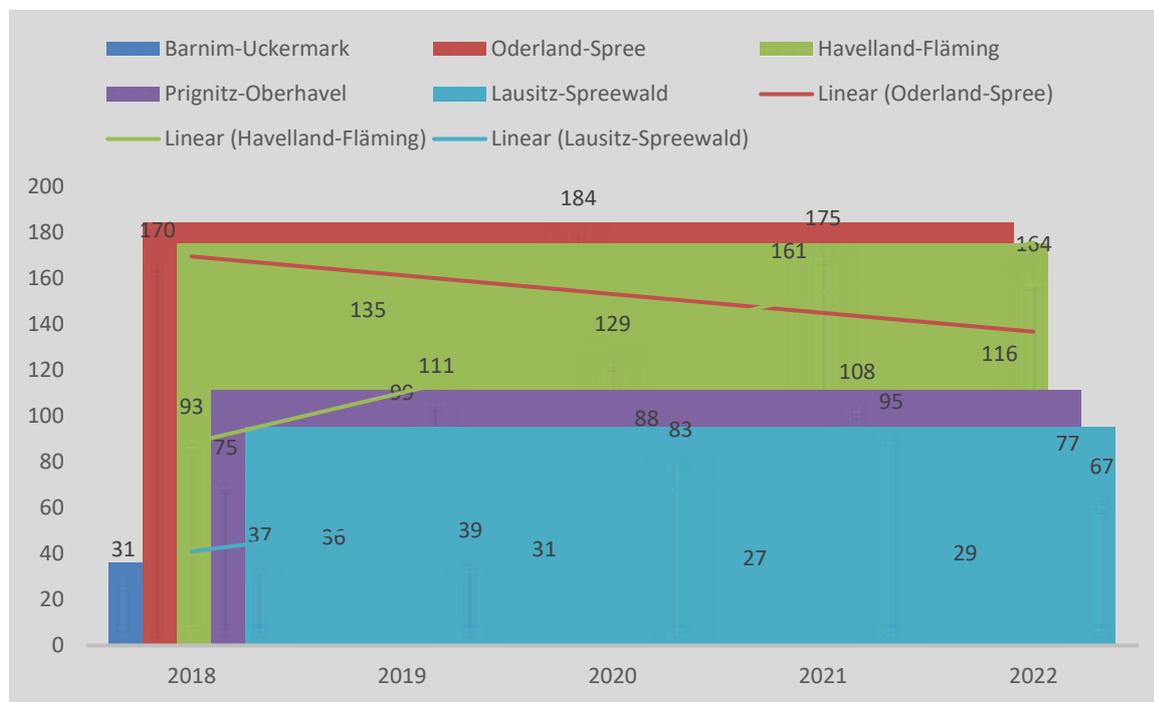
Abbildung 5: Neugeschaffene Arbeitsplätze gesamt 2012 -2020



Quelle: WFBB 2021

Die folgenden räumlichen Darstellungen stellen Standortangebote und investitionsabhängige Zahlen dar. Aus diesen Zahlen können keine Interpretationen über die Ansiedlungsbetreuung gemacht werden, da sowohl das Standortangebot sowie die Entscheidung zur Ansiedlung des Unternehmens einer Vielzahl von Faktoren unterliegen, die durch diese Zahlen nicht abgebildet werden.

Abbildung 6: Standortangebote in den Regionalen Planungsgemeinschaften



Quelle: WFBB 2022

Es zeigt sich kein einheitliches Bild bei der Abgabe von Angeboten durch die WFBB an Unternehmen. Die Vorgaben eines Unternehmens an einen Standort unterscheidet sich stark von der Branche, der konkreten Aktivität und dem Zeithorizont. Insbesondere die Anzahl an bestehenden Gewerbeflächen ist eine Grundvoraussetzung für die Abgabe an Standortangebote. Das Gewerbe- und Industrieflächenkonzept wird hierzu weitere Erkenntnisse liefern.

Die Auswirkungen der Investitionen auf die Regionalen Planungsgemeinschaften stellt sich wie folgt dar.

Abbildung 7: Projektzahlen im Zeitraum 2012 - 2021 für die Regionalen Planungsregionen

Regionale Planungsgemeinschaften	Anzahl der Projekte	Neue Arbeitsplätze	Investitionsvolumen in Mio. EUR
Barnim-Uckermark	27	948	168,9
Oderland-Spree	32	3.105	258,5
Havelland-Fläming	211	6.163	1.491
Prignitz-Oberhavel	66	1.429	323,1
Lausitz-Spreewald	58	2.299	874,2

Quelle: WFBB 2022

Wie auch bei dem Vergleich von Abbildung 4 mit Abbildung 5 zeigen sich zwischen den Standortangeboten, den Projekten, den neuen Arbeitsplätzen und den Investitionsvolumina nur eine schwache Korrelation. Aus Datenschutzgründen kann keine feiner granulare Darstellung von Planungsregionen, Branchen und Jahren vorgenommen werden. Andernfalls ließe dies Rückschlüsse auf einzelne Ansiedlungen zu.

3.2 Einordnung der Brandenburger Ansiedlungsstrategie

Die Brandenburger Ansiedlungsstrategie kann nicht losgelöst von anderen strategischen Ausrichtungen des Landes betrachtet werden. Dies betrifft beispielsweise die Verknüpfungen mit weiteren Landesstrategien und -konzepten, die ressortübergreifende Betrachtung von Themen wie der Standortentwicklung oder bestehende Partnerschaften mit anderen Regionen.

3.2.1 Clusterstrategie

Die gemeinsame Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg (innoBB 2025) definiert seit 2011 die fünf wachstums- und innovationsrelevantesten länderübergreifenden Cluster:

- Energietechnik,
- Gesundheitswirtschaft,
- IKT, Medien und Kreativwirtschaft,
- Optik und Photonik,
- Verkehr, Mobilität, Logistik.

Die innoBB 2025 wird durch die Brandenburger Teilstrategie „innoBB plus“ ergänzt, die vier Brandenburger Cluster hinzufügt, die von besonderer Relevanz sind:

- Ernährungswirtschaft,
- Kunststoffe und Chemie,
- Metall,
- Tourismus.

Auch wenn die Cluster im Rahmen einer Innovationsstrategie und 2011 primär mit Blick auf die Potenziale zum Technologietransfer aus der Wissenschaft in die Wirtschaft definiert wurden, bilden sie gleichwohl im Wesentlichen die stärksten Branchenverbände in Berlin und Brandenburg ab. Die Clusterstrategie innoBB/innoBB plus ist zudem von Beginn an als eine deutlich über den engen Bereich der technologischen Innovation hinausgehende Strategie verstanden worden. Ansiedlungen als Stärkungen und Ergänzungen in den Wertschöpfungsketten der Cluster haben dadurch einen gleichberechtigten Platz in der Clusterstrategie - wie die Innovation im engeren Sinne. Die insgesamt neun Cluster können damit als branchenseitige inhaltliche Schwerpunkte indirekt auch für die Ansiedlungsarbeit dienlich sein (MWAE, 2019a). Aus Sicht der Ansiedlung werden sie durch weitere für die konkrete Ansiedlungsarbeit relevanten Branchen wie bspw. die Holz- und Papierindustrie ergänzt.

Die wissenschaftliche Seite der innoBB, die exzellente Wissenschafts- und Forschungslandschaft in Brandenburg und somit in der gesamten Hauptstadtregion, ist zudem ein wichtiges Ansiedlungsargument gerade für forschungsorientierte innovative Unternehmen. In der Region Berlin Brandenburg bestehen über 60 staatlichen und privaten Universitäten und Fachhochschulen (Land Berlin 2023, MWFK, 2023) mit rund 250.000 Studierenden (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2022). Zusätzlich dazu bestehen über 60 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, darunter

- 25 Institute der Leibniz-Gemeinschaft,
- 16 Institute der Fraunhofer-Gesellschaft,

- 10 Max-Planck-Institute, Forschungsstellen und das Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (MPG),
- 18 Einrichtungen bzw. Außenstellen der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF). (Land Berlin, 2023, MWFK, 2023).

3.2.2 Gewerbe- und Industrieflächen

Brandenburg befindet sich mit anderen Metropolregionen im nationalen und internationalen Wettbewerb um Investitionen. Für eine Fortsetzung der erfolgreichen Ansiedlung neuer Unternehmen, ebenso wie für die Unterstützung von Erweiterungsinvestitionen bestehender Unternehmen in Brandenburg, sind dabei die schnelle und mit Planungsrechten versehenen Verfügbarkeiten attraktiver Gewerbe-, Industrie- und Büroflächen eine zwingende Voraussetzung. Und obwohl in der Standorttheorie der Bodenpreis ein wesentlicher Faktor der räumlichen Ansiedlung von wirtschaftlicher Aktivität ist, wird dieser zunehmend durch die reine Verfügbarkeit von Gewerbeflächen als limitierender Faktor abgelöst. Zahlreiche Flächen befinden sich dabei in kommunaler Trägerschaft. Es ist deshalb umso wichtiger, dass die Kommunen proaktiv Einfluss durch die Ausweisung von gewerblichem Bauland auf die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen nehmen. Die Planungsförderrichtlinie des MIL unterstützt die Kommunen bei ihren Planungsvorhaben.

In der Vergangenheit war die Verfügbarkeit von Industrie- (GI) und Gewerbeflächen (GE) in guten Lagen unproblematisch und ein besonderer Standortvorteil Brandenburgs. Aktuell nimmt die Flächenverfügbarkeit vor allem in begehrten verkehrsgünstigen und berlinnahen Lagen deutlich ab. Dies betrifft insbesondere große zusammenhängende Industrieflächen. Zugleich ist die Nachfrage nach solchen Flächen gerade aus der Industrie ungebrochen hoch. Für die weitere wirtschaftliche Standortentwicklung Brandenburgs ist deshalb die Sicherung geeigneter Industrie- und Gewerbegebiete von höchster Bedeutung. Die zunehmende Flächenknappheit in allen Landesteilen spiegelt aber auch die hohe Standortattraktivität Brandenburgs wider und muss deshalb umso mehr durch geeignete neue Angebote ausgeglichen werden, um diese Entwicklungschance für das Land Brandenburg weiter nutzen zu können.

Aus diesem Grund hat das MWAE, aufbauend auf dem Koalitionsvertrag der Landesregierung Brandenburg (Landesregierung Brandenburg, Staatskanzlei, 2019, Zeile 3136 ff), die WFBB beauftragt, ein landesweites Industrie- und Gewerbeflächenkonzept zu erstellen, das als langfristige strategische Handlungs- und Planungsgrundlage für eine nachhaltige Industrie- und Gewerbeflächenentwicklung im gesamten Land dienen wird. Im Rahmen der Untersuchung wird die aktuelle Situation der noch freien, für Industrie- und Gewerbe geeigneten Flächen detailliert erfasst, um die Grundlage für eine Vermarktung bzw. die anschließende Übertragung dieser Informationen in das digitale Flächeninformationssystem, der Brandenburger Business Guide (BBG), der WFBB zu ermöglichen. Zusätzlich wird eine Prognose der Gewerbeflächennachfrage erarbeitet, in der der zu erwartende Bedarf an gewerblich genutzten Flächen im gesamten Land Brandenburg abgeschätzt wird. Die prognostizierte Nachfrage wird danach mit dem im Rahmen der Bestandsaufnahme aufgenommenen Flächenangebot und den Flächenpotenzialen abgeglichen. Im Ergebnis werden Aussagen abgeleitet, inwieweit das vorhandene Angebot freier Gewerbeflächen die zukünftige Nachfrage decken kann, bzw. in welchem Umfang ggf. neue, infrastrukturell qualifizierte Gewerbeflächen benötigt werden.

Das Thema eines über das Projekt hinausgehenden Kommunikationskonzeptes mit den regionalen Akteuren, das nicht nur den dauerhaften Informationsaustausch, sondern auch eine beständige Pflege der WFBB-Datenbank über den Untersuchungsprozess hinaus sicherstellt, ist ein weiteres wichtiges Ziel.

Darüber hinaus sollen in Kombination mit dem Gewerbeflächenkataster über ein Monitoringsystem frühzeitig Engpässe bei der Verfügbarkeit von Flächen deutlich gemacht und die Einleitung von entsprechenden Maßnahmen ermöglicht werden.

Die Untersuchung wurde zum Ende des Jahres 2022 abgeschlossen, wobei das MWAE im weiteren Verfahren eine Beteiligung der zuständigen Fachressorts anstrebt. Bereits im Zuge der Halbzeitauswertung wurde festgestellt, dass der Bedarf an Gewerbe- und Industrieflächen bis 2030 den Bestand deutlich übersteigt. Insbesondere im Berliner Umland übersteigt der Bedarf das Angebot unverkennbar. Im Süd- und Nordosten Brandenburgs besteht nach derzeitiger Einschätzung noch ein Flächenangebot, welches die prognostizierte Nachfrage bis 2030 bedienen könnte.

Bei der zentralen strukturpolitischen Aufgabe, den Bestand an planungsrechtlich neuen Gewerbeflächen zu entwickeln und auszuweisen bzw. bestehende Gewerbeflächen zu qualifizieren, kommt den Kommunen des Landes eine entscheidende Schlüsselstellung zu, da nur sie die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Entwicklung der benötigten Gewerbe- und Industrieflächen schaffen können. Diese haben in den zahlreichen Kommunalgesprächen allerdings auf Herausforderungen hingewiesen, die die Entwicklung insbesondere neuer Flächen erschweren. Hierzu zählen neben den Belangen des Arten- bzw. Naturschutzes und fehlender bzw. zu optimierender Verkehrserschließung vor allem auch

- fehlende finanzielle Ressourcen, bspw. für Flächenankauf, Planung, Entwicklung, Flächenverwaltung und -management, Eigenanteile,
- schwierige Eigentumsverhältnisse,
- teils noch ausstehender Kompetenztransfer auf die Nachwuchskräfte, da die erfahrene Belegschaft zunehmend aus dem Kommunaldienst ausscheidet sowie
- begrenzte personelle Ressourcen.

Zusammenhängende Flächen von mehr als 100 ha sind sowohl bei den Entwicklungsflächen sowie auch bei den Potenzialflächen in sehr begrenzter Zahl auffindig gemacht worden. Die Inwertsetzung zur Vermarktungsreife kann für die Kommunen aufgrund der o. g. Hindernisse eine große Herausforderung darstellen.

Die planungsrechtliche Ausweisung qualifizierter Gewerbe- und Industrieflächen liegt, wie oben erwähnt, in der alleinigen Zuständigkeit der Kommunen des Landes Brandenburg. Das Land Brandenburg hat sich mit dem Koalitionsvertrag von 2019 zum Ziel gesetzt, die Kommunen bei der Bereitstellung neuer und bei der Vermarktung bestehender Ansiedlungs- und Erweiterungsflächen, insbesondere für die Industrie, zu unterstützen (Landesregierung Brandenburg, Staatskanzlei, 2019, 3131 ff.). Diesbezügliche Handlungsalternativen werden im Rahmen des Gewerbeflächenkonzepts eruiert und mit dem Abschlussbericht vorgestellt.

3.2.3 *Fachkräftesicherung*

Qualifizierte Fachkräfte, insbesondere die akademisch ausgebildet wurden, sind eine weitere wesentliche Voraussetzung für die Wachstums-, Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und damit

für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Ebenso sind sie für die Investorenakquisition ein besonders wichtiger Standortfaktor. Der Brandenburger Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt, die Arbeitslosigkeit ist deutlich zurückgegangen, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist gewachsen und die Nachfrage nach Fach- und Arbeitskräften bewegt sich auf hohem Niveau.

Dennoch besteht weiterhin ein Sockel struktureller Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt ein deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegender Anteil an Beschäftigten im Niedriglohnbereich in Brandenburg. Nach einer Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (Seils und Emmeler, 2022) liegt der Durchschnitt der Geringverdiener (= weniger als 2/3 des mittleren Bruttoeinkommens) bundesweit bei 18,7 Prozent, in Brandenburg hingegen bei 31,5 Prozent. Damit zählt fast jeder dritte Beschäftigte in Brandenburg zu den Geringverdienern. Ursächlich hierfür ist auch die geringe Tarifbindung. In Brandenburg lag diese laut IAB Betriebspanel (MWAE, 2021a) im Jahr 2020 bei 20 Prozent. In den Betrieben mit einem Flächen- oder Haustarifvertrag waren knapp die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (48 Prozent) tätig. Mit der Ansiedlung neuer wertschöpfungsstarker und gut bezahlender Unternehmen, die möglichst auch tarifgebunden sind, kann sich das Lohnniveau für die Beschäftigten in der Region positiv entwickeln.

Der Arbeitsmarkt verändert sich durch die demografische Entwicklung immer stärker hin zu einem Nachfragemarkt. Der Rückgang der Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter hat zunehmende Engpässe bei Fach- und Arbeitskräften zur Folge, während technologische und organisatorische Innovationen zugleich eine verstärkte Nachfrage nach Fachkräften mit spezifischen Qualifikationen auslösen. Viele Unternehmen haben bereits realisiert, dass sie angesichts der zunehmenden Konkurrenz um Fach- und Arbeitskräfte zukünftig erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, um qualifizierte und motivierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu gewinnen und zu halten.

Die ansiedlungsinteressierten Unternehmen erwarten gutausgebildete Arbeitskräfte. Eine fundierte schulische Allgemeinbildung ist hierbei Grundvoraussetzung, um erfolgreich eine Ausbildung abschließen zu können und gut in die Ausbildung und in das anschließende Berufsleben starten zu können.

Soziale Infrastrukturen, sowohl für die Kindertagesbetreuung und das Schulwesen sowie ein leistungsfähiges und gut ausgebautes Standortnetz müssen bedarfsgerecht auf den Weg gebracht werden und von vorneherein daher mit bedacht werden. Sie sind darüber hinaus wichtige Standortfaktoren. Sie sind ein weiterer Faktor für die Standortauswahl der ansiedlungsinteressierten Unternehmen und für das Land ein wichtiges Argument bei der Anwerbung von Unternehmen.

Vor diesem Hintergrund bleibt das Bilden, Halten und Gewinnen von Fachkräften eine zentrale Herausforderung für die brandenburgische Wirtschaft, denn ein großes Reservoir an qualifizierten und motivierten Fachkräften macht die Region auch langfristig leistungsstark.

Damit das Fach- und Arbeitskräfteangebot nicht zum limitierenden Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung im Land Brandenburg wird, hat die Landesregierung mit der Fach- und Arbeitskräftestrategie unter dem Motto „Fach- und Arbeitskräfte Bilden, Halten und für Brandenburg gewinnen“ einen strategischen Rahmen für die Fachkräftesicherung geschaffen. In sieben Handlungsschwerpunkten bietet das Land ausgewählte Aktivitäten zur Fachkräftesicherung an. Unterstützung finden Unternehmen und Beschäftigte damit u. a. bei der Gewinnung von Fachkräftenachwuchs durch die Gestaltung attraktiver Berufsausbildung, bei der beruflichen Weiterbildung zur Anpassung der Qualifikationen in Folge des

Wandels in der Arbeitswelt, bei der Gestaltung guter Arbeits- und Entlohnungsbedingungen sowie der Nutzung zusätzlicher Potenziale zur Fachkräftesicherung durch Gewinnung ausländischer Beschäftigter sowie der Integration Arbeits- und Langzeitarbeitsloser (MWAE, 2022).

Dies ist von überragender Bedeutung für das Land Brandenburg. Denn der weitere wirtschaftliche Erfolg wird in hohem Maße davon abhängen, ob es gelingt, das Land nach innen wie nach außen zu einem „Place to be“ aus Sicht von Fach- und Arbeitskräften zu machen – zu einem Ort, der deutschlandweit und international als Arbeits- und Lebensort so attraktiv und zukunftsfähig gesehen wird, sodass eine eigene Zuzugsdynamik entsteht. Die 15 Nationalen Naturlandschaften (NNL) des Landes Brandenburg leisten als Modellregionen der Nachhaltigkeit einen wichtigen Beitrag zur zukunftsfähigen Entwicklung der jeweiligen Regionen.

Dies hängt einerseits von attraktiven Arbeitsplätzen und -bedingungen im Land ab, andererseits von der Lebensqualität und deren Wahrnehmung auch außerhalb Brandenburgs. Ansiedlungen international prominenter Unternehmen tragen dazu in besonderer Weise bei. Um den Effekt der Neugierde und des Interesses bei Fach- und Arbeitskräften in eine Entscheidung zum Zuzug umzusetzen, bedarf es neben attraktiver Arbeitsbedingungen im Sinne von Guter Arbeit weiterer entscheidungsrelevanter Rahmenbedingungen: das Wohnumfeld, Schul- und Kindereinrichtungen, eine gute ÖPNV-Anbindung, soziales Klima, kulturelle Angebote, eine positive Wahrnehmung von Umwelt und Natur müssen ebenfalls passen, um Menschen neu für Brandenburg zu gewinnen. Die –teilweise vom Land unterstützten – Zuzugs- und Rückkehrinitiativen sowie ihr Netzwerk „Ankommen in Brandenburg“ sollten auch in Zukunft dazu einen Beitrag leisten.

3.2.4 Industriestrategie Brandenburg

Die brandenburgische Industrie ist in einem ökologischen Wandel. Durch die europäischen Vorgaben, Klimaneutralität bis 2050, und der Verschärfung dieses Ziels auf Bundes- und auf Landesebene, die Klimaneutralität bereits bis spätestens 2045 zu erreichen, ergeben sich für die brandenburgische Industrie vielfältige Herausforderungen. Produktionsprozesse müssen dekarbonisiert, Wirtschafts- und Liefererketten nachhaltig gestaltet und endliche Ressourcen effizienter genutzt werden. Gleichzeitig besteht die Chance, mit der Ansiedlung zukunftsorientierter Industrieunternehmen in Brandenburg einen wichtigen Beitrag zur klimaneutralen Wirtschaft zu leisten. Dieser Wandel bedarf Investitionen und Innovationen. Zusätzlich zu diesen Herausforderungen machen aktuelle geopolitische Entwicklungen deutlich, wie wichtig eine krisenfeste und resiliente Unternehmensführung ist. Es gilt somit, die brandenburgische Industrie beim ökologischen und ökonomischen Wandel zu unterstützen und gleichzeitig ihre Wettbewerbsfähigkeit sowie Resilienz zu bewahren und zu stärken.

Um die Unternehmen bei den vielfältigen Herausforderungen zu unterstützen, erarbeitet das MWAE aktuell eine ganzheitliche Industriestrategie Brandenburg. Diese soll Mitte 2023 vorliegen und im Landtag vorgestellt werden.

Besonderer Fokus der neuen Industriestrategie ist die umfassende Transformation der Industrie hin zur Klimaneutralität 2045 unter gleichzeitiger Wahrung wirtschaftlicher und sozialer Stabilität.

Die ressortübergreifend angelegte Industriestrategie wird eine Reihe von Querschnittsthemen adressieren und strategische Verknüpfungen zwischen relevanten Fach-, Teil- und Regionalstrategien wie u.a. dem Klimaplan Brandenburg, der Energiestrategie 2040, der Wasserstoffstrategie, der Fachkräftestrategie und auch der Ansiedlungsstrategie herstellen. In diesen Gestaltungsrahmen werden auch die EU- und Bundesaktivitäten (z.B. Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung bzw. das Strukturstärkungsgesetz für die Lausitz) einbezogen.

Die neue Industriestrategie soll aber nicht nur die Verzahnung von bereits bestehenden Strategien leisten, sondern auch bestehende Förderangebote und Unterstützungsstrukturen nutzen. Neue Maßnahmen sollen mit bereits existierenden Angeboten und Strukturen eng verknüpft bzw. sinnvoll ergänzt werden, um so den Transformationsprozess ganzheitlich und auf allen Nachhaltigkeitsebenen (ökologisch, ökonomisch, sozial) in Brandenburg zu gestalten.

3.2.5 Förder- und Finanzinstrumentarium

Der stetige strukturelle Wandel stellt Kommunen des Landes zunehmend vor neue regionalspezifische Herausforderungen, wobei klar regionale Unterschiede erkennbar sind. So unterscheiden sich oftmals die gegebenen Standortbedingungen wie die Grenz- oder Metropolnähe, die regionale Innovationskraft, die Zahl der verfügbaren Fachkräfte sowie die Dichte der Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen. Damit gleichwertige Lebensverhältnisse auch in Regionen mit schwierigeren Ausgangsbedingungen geschaffen werden können, werden diese strukturschwachen Regionen gezielt gefördert. Die erfolgreiche landesseitige Strukturpolitik wird durch Fördermaßnahmen des Bundes im Rahmen der sogenannten Gemeinschaftsaufgaben zusätzlich flankiert.

Die wichtigsten Instrumente zur finanziellen Unterstützung von Investitionsvorhaben sind die Richtlinien des MWAE zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – GRW – (GRW-G und GRW-I). Vorrangige Zielsetzungen sind, in strukturschwachen Regionen die Standortbedingungen zu verbessern, neue Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze zu schaffen und bestehende zu sichern sowie die Einkommen zu erhöhen. Mit diesem Förderinstrument werden gewerbliche Investitionen, Investitionen in die kommunale wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie nichtinvestive Aktivitäten wie z. B. Clusterbildung gefördert. Mit dem Koordinierungsrahmen werden Förderschwerpunkte der GRW u. a. auf die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Stärkung von Technologie und Innovationen und die Unterstützung ländlicher Räume gelegt (ILB, o.D.a). Die Veränderungen der Fördergebietskarten vom Zeitraum 2014 - 2021 zu 2022 - 2027 zeigen deutlich, dass insbesondere die Landkreise im Berliner Umland an Wirtschaftskraft deutlich zugelegt haben. So sind die sechs Landkreise Barnim, Dahme-Spreewald, Oberhavel, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming sowie die kreisfreie Stadt Potsdam und der Ortsteil Falkensee des Landkreises Havelland in die Fördergebietskategorie D aufgestiegen (BMWK, o.D.a; BMWK, o.D.b).

Parallel zu den Fördermöglichkeiten im Bereich der gewerblichen Investitionen unterstützt die GRW die Entwicklung der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur durch die GRW-Infrastruktur (GRW-I). Gebietskörperschaften in den Fördergebieten der GRW in Brandenburg – C- und D-Fördergebiete gleichermaßen – wird so die Möglichkeit gegeben, die strukturellen Rahmenbedingungen für die Entwicklung der gewerblichen Wirtschaft gezielt zu flankieren und zu verbessern. Im Fokus stehen dabei, neben der Bezuschussung von öffentlichen Investitionen in die Ertüchtigung von Industrie- und

Gewerbegebieten, die Schaffung von Verkehrsanbindungen für Gewerbebetriebe oder der Auf- und Ausbau von Technologie- und Gründerzentren, u. a. auch nicht-investive Förderungen im Bereich der Regionalentwicklung und der Unternehmensnetzwerke. Darüber hinaus werden wichtige Maßnahmen im Bereich des Tourismus, wie z. B. der touristische Radwegbau, unterstützt (ILB, o.D.b).

Die europäischen Struktur- und Investitionsfonds bieten für die Strukturentwicklung der Regionen eine besondere Grundlage und tragen maßgeblich zur Verbesserung der Standortfaktoren bei. Zu den durch die Europäische Union geförderten Fonds zählen insbesondere der Europäische Sozialfond plus (ESF+), sowie der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) (EU KOM, o.D.a). Der ESF+ ist Europas wichtigstes Instrument zur Förderung der Beschäftigung und sozialer Integration. Mit ihm werden insbesondere die nachhaltige und hochwertige Beschäftigung sowie die frühzeitige Bindung und Gewinnung von Fachkräften gefördert, die Integration benachteiligter Gruppen in Erwerbstätigkeit befördert und mit Investitionen in Aus- und Weiterbildung Übergänge ins Berufsleben sowie individuelle und betriebliche Qualifizierung unterstützt. Der ESF+ ist damit ein weiterer wichtiger finanzieller Anreiz des Landes für ansiedlungsinteressierte Unternehmen, auch als Argument im Standortwettbewerb (EU KOM, o.D.b). Durch die Fachkräfteförderung bei der Ansiedlung in Verbindung mit der daran anschließenden kontinuierlichen Förderung von Aus- und Weiterbildungen wird dieser wichtige Ansiedlungsfaktor verstetigt.

Im Rahmen des Brandenburger Servicepakets für Ansiedlung, Erweiterung und Umstrukturierung (das Teil der Weiterbildungsrichtlinie ist) werden Unternehmen unterstützt, die die Kompetenzen ihrer Mitarbeitenden auf Basis ermittelter betrieblicher Qualifikationsbedarfe mit beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen weiterentwickeln. Insbesondere in Zeiten der digitalen Transformation ist dies ein wichtiger Bestandteil zur Sicherung und zum Ausbau der Gewerbe- und Industriearbeitsplätze (EU KOM, o.D.b).

Im Rahmen des Green Deal der Europäischen Union wurde der Mechanismus für einen gerechten Übergang geschaffen. Dessen erste Säule ist der Fonds für einen gerechten Übergang (Just Transition Fond [JTF]). Die Landesregierung hat der EU KOM im September 2022 die Territorialen Pläne vorgelegt und das Programm des EFRE um den JTF zu einem Multifondsprogramm EFRE-/JTF erweitert. Die Genehmigung der EU erfolgte im 4. Quartal 2022. Ein Großteil der Gelder durch den JTF sollen auch der Unternehmensförderung zur Verfügung gestellt werden (EU KOM, o.D.c).

Just Transition Fond (JTF)

Der JTF ist ein Fonds der EU-Kohäsionspolitik, wie z. B. auch der EFRE oder ESF+. Er ist für die Periode 2021 - 2027 im Kontext des europäischen Green Deal hinzugetreten. Der JTF bezieht sich auf die Braunkohleregion in Brandenburg, also auf die vier betroffenen Landkreise (Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Dahme-Spreewald, Spree-Neiße) und die kreisfreie Stadt Cottbus. Die Gebietskulisse wurde um den Raffineriestandort Schwedt/Oder erweitert, da diese Region in einer vergleichbaren Lage wie die Lausitz ist, beide Regionen steigen aus der fossilen Energieerzeugung aus. Der Fonds soll die „sozioökonomischen Kosten des Übergangs zu einer klimaneutralen Wirtschaft abfedern und die wirtschaftliche Diversifizierung und Umstellung der betreffenden Gebiete unterstützen. Das beinhaltet die Förderung produktiver Investitionen in kleine und mittlere Unternehmen, die Gründung neuer

Unternehmen, Forschung und Innovation, Umweltsanierung, saubere Energie, Weiter- und Umschulung von Arbeitnehmern [...]“ (EU KOM, o.D.c).

Mit dem JTF können in vielfacher Hinsicht die Fördertatbestände des Strukturstärkungsgesetzes ergänzt werden. Es tritt ein Instrument im Kontext der Unterstützung der Braunkohleregion hinzu, mit dem z. B. gezielt KMU und damit die Region im Transformationsprozess unterstützt werden können. Insbesondere Investitionsanreize für KMU sollen zum Aufbau neuer Beschäftigungsmöglichkeiten und zur Diversifizierung beitragen. Zudem kann die Region durch Investitionen von Unternehmen im Bereich der Ausbildungszentren oder auch durch Maßnahmen zur Qualifizierung und Weiterbildung profitieren.

Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen (StStG)

Das Artikelgesetz StStG ermöglicht Finanzhilfen für die vom Kohleausstieg betroffenen Länder. Dem Land Brandenburg stehen für besonders bedeutsame Investitionen Mittel in Höhe von bis zu 10,32 Milliarden Euro bis 2038 zur Verfügung. Die beiden in dem StStG verankerten Förderarme sind für eine Verbesserung der Standortfaktoren in der Lausitz ausgestaltet. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der wirtschaftsnahen und verkehrlichen Infrastruktur sowie der FuE-Infrastruktur (Bundesregierung, 2022). Eine direkte Unternehmensförderung ist wiederum durch das Angebot der GRW oder auch des JTF möglich, der zu 85 % auf das StStG angerechnet wird. Ergänzend bietet das Bundesprogramm STARK im Rahmen des StStG die Möglichkeit, konsumtive Ausgaben auch für Unternehmen zu fördern. Für die Ansiedlung ist neben der direkten Investitionsförderung auch der Auf- und Ausbau der Standortfaktoren essenzieller Bestandteil, um Standortmarketing erfolgreich durchführen zu können. Die Bundesregierung hat mit dem an das Kohleausstiegsgesetz gekoppelten StStG ein starkes Symbol geschaffen, dass die Kohleregionen eine multidimensionale Unterstützung für die erfolgreiche Bewältigung des Strukturwandels erhalten. Für das Land und die Region ist die Förderkoordination dieser Mittel zentrale Aufgabe bei der Mitgestaltung des Prozesses.

Die Förderung von Innovationsprojekten, die insbesondere in der Gesundheitswirtschaft und im Cluster Medien/IKT bei der Standortauswahl eine wichtige Rolle spielen, erfolgt über das Programm zur Förderung von Forschung, Innovationen und Technologien (ProFIT Brandenburg) sowie über die Brandenburger Innovationsgutscheine (ILB, o.D.c).

3.2.6 *Standortmarketing*

Marketingaktivitäten für Brandenburg

Brandenburg wird national und international als attraktiver Standort für Direktinvestitionen vermarktet. In den letzten Jahren nach der Standortentscheidung von Tesla für Brandenburg ist dies mit einer gezielten Profilierung als Standort für Moderne Mobilität, Nachhaltige Produktion und Energiewende verbunden. Auch die aktuelle Kommunikationsoffensive des Landesmarketings „jwd“ – Jeder will dahin“ bezieht sich – mit nationaler Wirkung – auf den sogenannten Tesla-Effekt. Die WFBB hat dies für eine zielgruppenspezifische Investorenkampagne 2021/22 in den USA, Japan und Korea genutzt.

Brandenburg als neues Zentrum der Mobilitätswende sowie als Kernregion der deutschen Energiewende steht im internationalen Standortmarketing inhaltlich im Vordergrund. Industriefreundlichkeit und gute Rahmenbedingungen für industrielle Ansiedlungen sind weitere Standortargumente. Der Umstand, dass

Brandenburg einen Großteil seiner Energie bereits heute aus regenerativen Energiequellen generiert, stößt dabei bei vielen internationalen Konzernen auf großes Interesse. Die hohe Dichte an Forschungseinrichtungen lockt vor allem innovative Unternehmen, die die Nähe zu Forschungseinrichtungen suchen, nach Brandenburg und schafft dadurch selbst wieder starke Impulse für den Standort Brandenburg.

Marketingaktivitäten der Hauptstadtregion

Die Nähe zu Berlin als gemeinsame „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ ist als ein zusätzlich wichtiges Ansiedlungsargument vom Standortmarketing des MWAE und der WFBB gezielt aufgegriffen worden. Die Dachmarke „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ bietet beiden Bundesländern die Möglichkeit, sich gemeinsam national sowie international zu präsentieren. Dies wird beispielsweise bei den Branchenbroschüren zur Investorenwerbung eingesetzt. Brandenburg profitierte hierbei lange Zeit von dem Bekanntheitsgrad Berlins. Die Ansiedlungen der vergangenen Jahre zeigen, dass die Marke „Brandenburg“ zunehmend auf der internationalen Ebene wahrgenommen wird. Die Zusammenführung der dienstleistungsbetonten Stärken der Stadt Berlin und ihrem Image als international bekannte Metropole mit dem industriell-gewerblich geprägten Flächenland Brandenburg verschaffen der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg wichtige Marketingsynergien für gezielte Unternehmensakquisitionen. Messebeteiligungen im In- und Ausland unter der gemeinsamen Dachmarke dienen dem Außenhandel, wirken aber zugleich mittelbar zur Verbreitung der Bekanntheit der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.

Mutterhausstrategie

Ein wichtiges Akquisitionsinstrument ist die gezielte Ansprache der Zentralen internationaler Mutterhäuser mit Tochtergesellschaften oder Niederlassungen in Brandenburg. Die Ansprache bei den Mutterhäusern verfolgt das Ziel, Brandenburger Standorte zu erweitern oder andere bzw. neue Betriebsteile in Brandenburg anzusiedeln. Gerade bei weltweit agierenden Konzernen liegen die Entscheidungen für neue internationale Investitionen in den Zentralen, nicht in den einzelnen nationalen Standorten. Der Schwerpunkt der Akquisition liegt dabei in der Ansiedlung wertschöpfungsintensiver Investitionen der gewerblichen Wirtschaft. Sie bilden die wirtschaftliche Basis, auf der weitere Dienstleistungen aufbauen können (MWAE, 2018).

Akquisition von Neukunden

Die Ansprache von neuen, bisher nicht in Brandenburg tätigen Unternehmen (Kaltakquisition) ist sehr aufwendig. Daher werden als erweitertes Akquisitionsinstrument mit einem hohen Synergieeffekt Auslandsreisen von Landespolitik und WFBB neben Mutterhausbesuchen auch mit internationaler Investorenakquisition verbunden. Bewährt hat sich darüber hinaus auch, Reisen der Landesregierung mit einer begleitenden Unternehmens- und Markterschließungsdelegation zu verbinden. Dabei wirkt die aktive Teilnahme Brandenburger Unternehmen - einschließlich Start-ups - mit einer politischen Begleitung förderlich für Anbahnungsgespräche mit potenziellen Investitionsinteressenten. Hierbei bietet es sich auch an, bereits ansässige internationale Investoren gezielt als „Testimonial“ für die Akquisition einzusetzen. In geeigneten Fällen sollen auch die international gut vernetzten Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen weiterhin im Land bei Akquisitionen einbezogen werden, um ihre Unternehmenskontakte im Land z.B. bei Unternehmensansprachen nutzen zu können. Dieser Prozess

sollte in den kommenden Jahren intensiviert werden. Dazu erfolgen länderspezifische Festlegungen für die einzelnen industriellen Branchen. Die Akquisition wird dabei zielgruppenorientiert auf die länderübergreifenden und Brandenburg-spezifischen Cluster und Branchen konzentriert, um so gezielt Wertschöpfungsketten auszubauen und Wertschöpfungslücken zu schließen³.

3.2.7 Länderübergreifende Kooperationen

Kooperation mit dem Bund

Brandenburg kooperiert eng mit dem Bund und seinen Nachbarbundesländern bei der Investorenwerbung. Auf Bundesebene wirbt die GTAI um internationale Neuinvestitionen und arbeitet dabei eng mit den Wirtschaftsförderungen der Bundesländer zusammen. Dazu zählen auch Besuche vor Ort mit den beteiligten Unternehmen und den in Frage kommenden Bundesländern. Hier hat sich eine frühzeitige persönliche Beteiligung durch die Landesregierung als vorteilhaft erwiesen, da dies dem Unternehmen das Interesse des Landes in besonderer Weise signalisiert. Sobald sich ein internationales Unternehmen räumlich auf ein einziges Bundesland fokussiert, wird das Investitionsprojekt von GTAI in einem vereinbarten Verfahren an die Landeswirtschaftsförderung abgegeben⁴.

Kooperation mit Berlin

Brandenburg bildet mit Berlin eine europäische Metropolregion, die unter dem gemeinsamen Namen „Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ / „THE GERMAN CAPITAL REGION“ firmiert. Auf Grund der vorhandenen sozioökonomischen Potenziale verfügen Berlin und Brandenburg gemeinsam über gute Chancen, um im immer stärker werdenden internationalen Wettbewerb der Regionen weitere Erfolge zu erzielen. Die Rolle als deutsche Hauptstadtregion liefert Berlin-Brandenburg ein Alleinstellungsmerkmal unter den deutschen Bundesländern und Metropolregionen. In diesem Zusammenhang kommt der langjährigen Kooperation mit Berlin, die aktuell ihre strategische Fixierung im Strategischen Gesamtrahmen Hauptstadtregion (SGHR) gefunden hat, zukünftig auch für das Akquisitions- und Ansiedlungsmanagement beider Länder eine besondere Bedeutung zu. Das wird auch für die Investitionsanwerbungen genutzt. Neben der Funktion Berlins als Bundeshauptstadt profitieren beide Länder unmittelbar von der Varianz ihrer Angebote im Wechselspiel zwischen hochverdichteter Metropole und industriell geprägtem Flächenland, da Unternehmen, die sich für eine Ansiedlung in Berlin oder Brandenburg interessieren, häufig auch die Standortvorteile des jeweiligen Nachbarlandes nutzen wollen.

Bereits seit 2005 haben die WFBB und ihre Partnergesellschaft Berlin Partner für Wirtschaft und Technologie GmbH (Berlin Partner) eine verbindliche Kooperationsvereinbarung geschlossen, die zuletzt am 20. April 2021 von beiden Wirtschaftsfördergesellschaften fortgeschrieben und neu unterzeichnet worden ist. Die Kooperationsvereinbarung sieht neben einem engen und abgestimmten Vorgehen im Bereich der Investorenwerbung und Ansiedlung auch Kooperationsthemen wie Fachkräfte, Gewerbeflächen und Digitalwirtschaft vor (WFBB, o.D.a).

Seit 2008 kooperieren WFBB und Berlin Partner im wirtschaftlichen Umfeld des Flughafens BER im Rahmen des „Airport Region Team“. Beide Gesellschaften betreiben dafür ein gemeinsames Ansiedlungsbüro direkt am Airport. Auf diese Weise vermeiden beide Länder nicht nur schädliche

³ Interne Darstellung der WFBB vom. 20.04.2021

⁴ Interne Darstellung der WFBB vom. 20.04.2021

Konkurrenz, sondern verstärken wechselseitig die Wirkung der Investorenwerbung für das BER-Umfeld im Standortwettbewerb mit anderen Flughafenregionen (WFBB, o.D.a).

Kooperation mit Sachsen

Zur Unterstützung des Strukturwandels in der Lausitz haben die Wirtschaftsförderungs- und Strukturgesellschaften aus Brandenburg und Sachsen eine länderübergreifende Kooperation vereinbart. Auf Grundlage der gemeinsamen Kooperationsvereinbarung vom 6. Januar 2021 unterstützen die vier Kooperationspartner Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB), Wirtschaftsförderung Sachsen (WFS) Wirtschaftsregion Lausitz (WRL) und Sächsische Agentur für Strukturentwicklung (SAS) den Strukturwandel im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgaben: WFBB und WFS verantworten die Investorenwerbung und Ansiedlung für die Lausitz. WRL und SAS unterstützen Projekte im Rahmen des Strukturstärkungsgesetzes. Diese Kooperation ermöglicht allen Partnern den wichtigen länderübergreifenden Informationsaustausch und eine aufeinander abgestimmte, noch engere Zusammenarbeit⁵.

Gemeinsam vermarkten WFBB und WFS die gesamte Lausitz und verhindern damit sowohl schädlichen innerregionalen Wettbewerb als auch eine Zersplitterung des Bildes der Region nach außen. Gemeinsam konzentrieren WFBB und WFS die internationale Aufmerksamkeit auf das Vermarktungsprodukt „Lausitz“. Zusammen mit den kreislichen Wirtschaftsförderungen haben WFBB und WFS eine gemeinsame Investorenwerbeseite im Internet aufgebaut und bereiten den Aufbau eines „Lausitz Investor Centers“ vor Ort in der Lausitz im Rahmen eines Bundesprojektes vor⁶.

3.3 Regionalspezifische Ansiedlungsfaktoren

3.3.1 Regionalentwicklungsstrategie

Brandenburg hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt, allerdings mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten und Schwerpunkten im Berliner Umland und den einzelnen Teilräumen des Weiteren Metropolitanraums.

Einige Räume im Land Brandenburg haben ein dynamisches Wachstum zu verzeichnen, u. a., weil sie von der Ausstrahlung der Bundeshauptstadt Berlin oder von der Lage entlang der Verkehrsachsen profitieren. Andere sehen sich mit Bevölkerungsverlusten oder besonderen Herausforderungen wie in der Transformationsregion Lausitz konfrontiert. In der kleinräumigen Betrachtung ergibt sich allerdings weder im Berliner Umland noch im Weiteren Metropolitanraum diesbezüglich ein einheitliches Muster. Entwicklungschancen und Herausforderungen überlagern sich in den einzelnen Teilräumen stets unterschiedlich und ergeben ein sehr vielfältiges Bild.

Die Lage des Landes Brandenburg am Schnittpunkt dreier Kernnetzkorridore der transeuropäischen Verkehrsnetze eröffnet die Möglichkeit, von sogenannten Entwicklungsachsen zwischen europäischen Metropolen und starken Wirtschaftsräumen noch stärker zu profitieren. Damit gemeint sind Entwicklungen entlang der schienengebundenen Verkehrsachsen sowie der zumeist parallel verlaufenden Autobahnachsen und in deren Umfeld. Entlang eines dieser transeuropäischen Korridore, dem Skandinavien-Mittelmeer-Korridor, hat die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg mit der Scandria@Allianz eine Kooperationsplattform für Städte und Regionen geschaffen, die das Ziel verfolgt, die kürzeste

⁵ Interne Darstellung der WFBB vom. 20.04.2021

⁶ Interne Darstellung der WFBB vom. 20.04.2021

geografische Verbindung zwischen Skandinavien und der Adria als Regionalentwicklungs- und Verkehrsachse zu stärken.

Der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR) ist am 1. Juli 2019 in Kraft getreten. Die Umsetzung der darin angelegten Strategie führt nach dem aktuellen Bericht des Statistischen Landesamtes zur Vorstellung der Bevölkerungsprognose zu Wachstumserwartungen nicht nur im Berliner Umland, sondern auch in dem daran anschließenden Ring der Städte der 2. Reihe (Landesregierung Brandenburg, Staatskanzlei, 2019).

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg verfügt über eine gute (Verkehrs-)Infrastruktur. Die Erreichbarkeit von Gewerbegebieten und die damit in direktem Zusammenhang stehende Verfügbarkeit geeigneter Arbeits- und Fachkräfte in den Unternehmen spielen eine zunehmend wichtige Rolle insbesondere in den Berlin-fernen Regionen des Landes. Eine entsprechende Standortanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist ein entscheidendes Kriterium für die Bewertung der Standortqualität. Die Infrastruktur umfasst dabei die verkehrliche Anbindung (Straße, Schiene, Luft- und Wasserwege), die digitale Anbindung (Mobilfunk und Breitband), Medien (Energie und Wasser) sowie die soziale Infrastruktur (Angebote für Betreuung, Qualifizierung, Versorgung, Verwaltung, Kultur und Freizeit). Insbesondere die Entwicklung der weichen Standortfaktoren liegt in der Verantwortung der Kommunen

3.3.2 Regionale Schwerpunkte

Regionale Wachstumskerne (RWKs)

Die Fokussierung auf 15 Regionale Wachstumskerne (RWKs) mit der Strategie „Stärken stärken“ hat seit dem Jahr 2005 zur Herausbildung von wirtschaftlichen Schwerpunkten im gesamten Land Brandenburg geführt, die zum Teil bereits auf das jeweilige Umland ausstrahlen. RWKs tragen dazu bei, Städte und Städteverbünde bei ihren wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Potenzialen zu unterstützen und zu fördern. Damit haben sich die Wachstumskerne zu regionalen Arbeitsplatzzentren entwickelt. Für die regionale Entwicklung spielten die RWKs damit eine wichtige Rolle – und so auch für die Entwicklung des gesamten Landes. Der RWK-Prozess hat damit einen wichtigen Einfluss auf die für die Ansiedlung wichtigen Rahmenbedingungen (MWAE, o.D.a).

Die Landesregierung hat sich darauf verständigt, die Strategien zur regionalen Entwicklungspolitik und zum Clustermanagement hin zu innovativen Wachstumskorridoren weiterzuentwickeln, um eine in die Fläche zielende Strukturförderung zu schaffen. Die Landesregierung strebt damit an, die bisherige Strategie des RWK-Prozesses von „Stärken stärken“ hin zu „Stärken verbinden“ konsequent weiterzuentwickeln (Landesregierung Brandenburg, Staatskanzlei, 2019). Dafür wurde die Konstellation der RWK um die Landkreise und die LEADER-Aktionsgruppen für die ländliche Entwicklung erweitert, die nun gemeinsam den Kreis der regionalen Schlüsselakteure bilden.

Durch die Zusammenfügung der Entwicklungsachsen, ausgehend von den RWK-Projekten und unter Einbeziehung der Strategien der Fachressorts, ist die integrierte Regionalentwicklungsstrategie (RES) eine auf den Gesamttraum abzielende Maßnahme. Die RWKs bleiben dabei erhalten, werden weiterentwickelt und auf den Entwicklungsachsen miteinander verbunden. Dadurch kann der ländliche Raum stärker eingebunden werden. Durch die Zusammenfügung der Entwicklungsachsen, ausgehend von den RWK-Projekten und unter Einbeziehung der Strategien der Fachressorts, ist die integrierte Regionalentwicklungsstrategie (RES) eine auf den Gesamttraum abzielende Maßnahme. Die Regionalen Planungsgemeinschaften, in deren Gebietszuschnitt diese Akteure einen neuen Dialog- und

Arbeitsprozess – die sogenannte REGIONALE – aufgenommen haben, werden über die Planungsstellen beteiligt (Landesregierung Brandenburg, Staatskanzlei, 2019).

Die Strategischen Leitplanken der landesweiten Regionalentwicklungsstrategie formulieren raumbezogene landespolitische Entwicklungsziele. Ihr liegt der Gedanke zugrunde, Fachpolitiken mit Regionalentwicklungspolitik zu verknüpfen. Der Weiterentwicklungsprozess zu „Stärken verbinden“ definiert sich durch die räumlichen Wirkungsweisen, mit denen regionale Schlüsselvorhaben, die über ihren eigenen Ausgangsstandort hinausreichen, beispielsweise mittels schienengebundener Entwicklungsachsen. Diese Entwicklungsachsen, also schienengebundenen Verkehrsachsen und deren Umfeld, schaffen Wertschöpfung und eine lebendige Gemeinschaft sowie regional wirksame Angebote für die Daseinsvorsorge. Die RWKs bleiben dabei erhalten, werden weiterentwickelt und auf den Entwicklungsachsen miteinander verbunden. Dadurch kann der ländliche Raum stärker eingebunden werden. Durch die Zusammenfügung der Entwicklungsachsen, ausgehend von den RWK-Vorhaben und unter Einbeziehung der Strategien der Fachressorts, sowie die Ausstrahlung und Verzahnung von starken Wirtschaftsstandorten mit ihrem Umfeld oder andere raumübergreifende Kooperationen ist die integrierte Regionalentwicklungsstrategie (RES) eine auf den Gesamttraum abzielende Maßnahme.

Diese Maßnahmen der Landesregierung mit den darin enthaltenden Schlüsselvorhaben tragen direkt zum Auf- und Ausbau harter und vor allem weicher Standortfaktoren in den ländlichen Regionen bei (Landesregierung Brandenburg, Staatskanzlei, 2022b).

Flughafenumfeld

Der Flughafen Berlin Brandenburg – BER – ist der wichtigste Infrastrukturanker für die aus den Ländern Berlin und Brandenburg gebildete Hauptstadtregion. Bereits vor Inbetriebnahme im Oktober 2020 begann eine dynamische Entwicklung im Flughafenumfeld, von der die Hauptstadtregion sehr profitiert. Der Beschäftigungseffekt des Flughafens stellt insbesondere für den brandenburgischen Teil einen bedeutenden Wirtschaftsmotor dar. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahm in den vergangenen Jahren kontinuierlich und oberhalb des Bevölkerungswachstums zu (+ 15,7 Prozent) (KAG DF, 2021).

Stand 2021 weist das Flughafenumfeld ca. 4.300 ha an verfügbaren Gewerbeflächen aus, dazu kommen weitere 230 ha, die als gewerblich-industrielle Vorsorgeflächen ausgewiesen sind. Von diesen Flächen sind derzeit allerdings bereits ca. 60 Prozent belegt. Einige Flächen stehen aber noch vor der Inwertsetzung und so werden schätzungsweise ca. 30 Prozent der Fläche erst nach 2030 als verfügbar eingeschätzt. Das Flughafenumfeld bietet hervorragende Standortfaktoren, weist jedoch nach einer Studie zur Gewerbefächensituation im Flughafenumfeld bereits erkennbare Engpässe im kurz- und mittelfristigen Angebot auf. Eine Aktualisierung wird durch das Gewerbeflächenkonzept erfolgen, was 2023 durch die Landesregierung vorgestellt wird (KAG DF, 2021).

Das Flughafenumfeld des BER wird wie o. g. gemeinsam durch das Airport Region Team von WFBB und Berlin Partner vermarktet.

Umfeldentwicklung Ostbrandenburg

Die Ansiedlung der Tesla-Gigafactory Berlin-Brandenburg am Standort Grünheide (Mark) bringt für Berlin und Brandenburg – und insgesamt in besonderem Maße für Ostbrandenburg – neue Entwicklungschancen mit sich, da sie als regionales Kernelement der Modernen Mobilität verstanden werden kann. Bereits mit der Ankündigung Ende 2019 hat die wirtschaftliche Dynamik in der Region deutlich zugenommen. Die Ausstrahlung dieser Ansiedlung wirkt dabei weit über Ostbrandenburg hinaus

auf das ganze Land ebenso wie auf Berlin und bis in die Nachbarländer, insbesondere Polen. Die vielfältigen Wirkungen der Tesla-Ansiedlungen auf die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg und insbesondere auf Polen, können in den kommenden Jahren, z.B. auf dem Gebiet der Fachkräftezuwanderung, direkt und indirekt die Regionalentwicklung und die Ansiedlungseffekte Ostbrandenburgs positiv fördern. Der unmittelbare Effekt entsteht durch Tesla selbst sowie durch die Zulieferer im direkten Standortumfeld in Ostbrandenburg. Dabei vollzieht sich die Ansiedlung von Zulieferern schrittweise und über einen längeren Zeitraum.

Die Nähe der Gigafactory zum internationalen Flughafen BER ist ein weiterer großer Standortvorteil. Da sich damit zumindest eine partielle Überschneidung zum BER-Flughafenumfeld ergibt, ist hier aber auch ein besonders starker Wettbewerb um Flächen und Fachkräfte zu erwarten. Um dies zu vermeiden, ist angestrebt, die positiven Effekte stärker in die weitere Hauptstadtregion zu tragen und somit den gemeinsamen Wirkungsbereich auf einen größeren Radius auszudehnen. Hierzu ist der Erhalt und der Ausbau einer guten Schieneninfrastruktur, auch aus Gründen der Nachhaltigkeit, ein wichtiger Entwicklungsfaktor für die Region Ostbrandenburg. Um das Angebot an gewerblichen Flächen für die weitere Planung zu sichern und auszubauen, helfen die Erhebung des Industrie- und Gewerbeflächenkonzeptes sowie die Analysen zur Ausweisung von regionalbedeutsamen Flächen für gewerblich-industrielle Nutzungen in den Planungsregionen Oderland-Spree und Lausitz-Spreewald durch die jeweiligen Planungsgemeinschaften. Zusätzlich wurde durch das Land seit Jahresbeginn 2021 das Regionalmanagementprojekt bei der regionalen Planungsstelle Oderland-Spree eingerichtet und über die GRW gefördert (GL, 2021).

Das Land Brandenburg und insbesondere die Verwaltung erhält durch die sogenannte „Tesla-Geschwindigkeit“ beim Bau der Gigafactory einen Imagegewinn. Dabei wurde bei der Errichtung der Fabrik das Instrument der Vorabzulassungen genutzt, welches durch den § 8a des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) geregelt ist. Demnach kann eine Genehmigungsbehörde vor Erteilung der Genehmigung zur Errichtung der Anlage einschließlich dazugehöriger Maßnahmen den Antrag vorläufig zulassen, sofern mit einer Entscheidung zugunsten des Antragstellers gerechnet werden kann. Zu beachten ist hierbei, dass der Unternehmer verpflichtet ist, wenn das Vorhaben nicht genehmigt wird, den ursprünglichen Zustand wiederherzustellen (BMJ, o.D.). Die Geschwindigkeit der Ansiedelung resultiert damit aus der Risikobereitschaft und der eigenen Geschwindigkeit des Unternehmens einerseits und der dadurch möglichen raschen Bearbeitung durch die Verantwortlichen auf allen Ebenen im Land andererseits. Das auch nach außen hin wahrnehmbare effiziente Verwaltungshandeln stützt sich maßgeblich auf die in der Verwaltung selbst neu gestaltete effiziente Arbeitsweise mit allen involvierten Behörden. Der Einsatz einer Task Force bei der Ansiedlung auf Verwaltungsebene schaffte beschleunigte Kommunikationswege sowie ein ganzheitliches Verständnis für effiziente Abläufe. Dabei wurden alle gesetzlichen Fristen streng eingehalten.

Lausitz

Das Lausitzer Revier erstreckt sich zu etwa gleichen Teilen auf das Bundesland Brandenburg und den Freistaat Sachsen und umfasst die Landkreise Dahme-Spreewald, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster, die kreisfreie Stadt Cottbus in Brandenburg sowie die Landkreise Görlitz und Bautzen in Sachsen. Die Region ist eines der letzten Kohlereviere in Deutschland und eine bedeutende Energieregion in Europa. Die Lausitz ist eine traditionsreiche Energie- und Industrieregion, z. B. mit Standorten von der LEAG, BASF, Hamburger Rieger, Voestalpine oder Grupo Antolin (vormals: Magna-

Werk) auf der Brandenburger Seite und den großen Bahnwerken in der sächsischen Lausitz. Zusammen verfügt die Lausitz über mehr als 1 Million Einwohner und Einwohnerinnen und eine Fläche viermal so groß wie das Saarland. Für den anstehenden Strukturentwicklungsprozess im Zuge der Beendigung der Braunkohleverstromung bis 2038 (BMWK, 2020) bietet die Lage zwischen den sich dynamisch entwickelnden Metropolen Berlin, Dresden, Breslau und Prag eine gute Ausgangssituation. Die Lausitz soll auch nach dem Ausstieg aus der Braunkohleförderung und -verstromung eine Energie- und Industrieregion bleiben (MWAE, 2019b).

Der Strukturentwicklungsprozess wird aktiv von EU, Bund, den Ländern Brandenburg und Sachsen sowie den Lausitzer Kommunen mit erheblichen Unterstützungsmaßnahmen angegangen. Die Energieregion bietet mit einem hohen Qualifikationsniveau der Facharbeiter sowie einer wachsenden Forschungs- und Wissenschaftslandschaft ein solides Fundament für gezielte Ansiedlungen. Regionale Wirtschaftsschwerpunkte sind hierbei der Energiesektor, die Kreislaufwirtschaft, die Mobilität, die Bioökonomie, die Gesundheitswirtschaft und Tourismus, die Halbleiter-, Chemie-, Glas-, Metall-, Maschinenbau- sowie die multisektorale Textil- und Kunststoffindustrie.

Die Entwicklung der Lausitz profitiert auch von ihrem weiteren regionalen Umfeld. Induziert durch die Tesla-Ansiedlung in Ostbrandenburg entwickelt sich eine neue Wertschöpfungskette der Elektromobilität in Brandenburg mit deutlicher Wirkung in die Lausitz. Hier errichtet BASF an ihrem Standort derzeit eine Produktionsstätte für Kathodenmaterial (BASF, 2020). Für den notwendigen Grundstoff, Lithiumhydroxid, hat das kanadische Unternehmen Rock Tech Lithium den Bau der größten Lithiumfabrik in Europa in Guben angekündigt (Rock Tech Lithium Inc., 2021). Auf sächsischer Seite entsteht durch das australische Unternehmen Altech eine Produktionsstätte für Anodenmaterial (Altech Advanced Materials AG, 2021). Der Lückenschluss der gesamten Wertschöpfungskette der Elektromobilität scheint sich in der Lausitz zu vollziehen.

Eine robuste Wirtschaftsstruktur benötigt jedoch eine Diversifikation der Wirtschaft, um krisenresilienter zu werden. Die Lausitz kann den Prozess des Strukturwandels nutzen, um das vorhandene Potenzial einerseits für starke Cluster einzusetzen, wie beispielsweise der Elektromobilität, aber andererseits eben auch, um sich stärker zu diversifizieren. So ist z. B. die Wasserstoffstrategie ein wichtiges Bekenntnis der Landesregierung, sich innerhalb des Energieclusters durch die Förderung vielfältiger Technologien stärker aufzustellen (MWAE, 2021a). Gezielte Akquisition trägt bereits dazu bei, diese Wirtschaftsbereiche stärker und breiter aufzustellen.

In enger Zusammenarbeit von Wissenschaft, Forschung und Unternehmen soll die Region zum Vorreiter für grüne und grundlastfähige Energie werden (MWAE, o.D.b). Die Dekarbonisierung der Industrie ist in Zeiten des Klimawandels bereits heute ein Imagezugewinn für die Unternehmen und mit zunehmenden CO₂-Preisen ein realer Wettbewerbsvorteil sowohl für Industrieunternehmen als auch z.B. für Rechenzentren, also die Digitalwirtschaft. Diese Entwicklung liefert solide Argumente für das Standortmarketing im In- und Ausland. Die Region gewinnt so zunehmend an Attraktivität. Als herausragendes Beispiel kann in diesem Zusammenhang die derzeit laufende Entwicklung des Lausitz Science Park an der BTU Cottbus-Senftenberg mit seinen inhaltlichen Schwerpunkten Energiewende und Dekarbonisierung, Gesundheit und Life Science, Globaler Wandel und Transformation sowie Künstliche Intelligenz und Sensorik angeführt werden.

Mit dem ‚Innovationskorridor Berlin – Lausitz‘ konkretisiert sich u.a. ein Vorhaben der Regionalentwicklung, das durch die Zusammenarbeit der Landesregierungen in Berlin und Brandenburg angestoßen worden ist. Als „Innovationskorridor Berlin-Lausitz“ wird eine der Entwicklungsachsen bezeichnet, die im Rahmen des Strategischen Gesamtrahmens Hauptstadtregion und der Regionalentwicklungsstrategie von Akteuren aus Brandenburg und Berlin entwickelt werden. Der Innovationskorridor Berlin-Lausitz dient – so der Beschluss aus der Kabinettsitzung Berlin-Brandenburg vom 11.10. 2022 – auch als Prototyp für drei weitere Achsen. Im Sommer 2022 wurde hier ein Achsenmanagement eingerichtet, das gemeinsam von der Berliner WISTA (Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Adlershof GmbH) und der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (WRL) realisiert wird. Hier werden entlang des Korridors und unter Einbindung von Kommunen wertschöpfende Potentiale identifiziert und zu Kooperationen verstetigt, insbesondere in den Bereich Innovation, Wohnen und Gewerbeflächen.“

Für eine nachhaltige Entwicklung ist es erforderlich, die Entwicklungsmöglichkeiten der Lausitz als Ganzes zu betrachten und mit den Instrumenten zur Förderung von Ansiedlungen zu unterstützen. Auf Grund der länderübergreifenden Lage der Lausitz ist dies nur im Einklang beider Länder und in gemeinsamer Umsetzung beider Landeswirtschaftsförderungen möglich. WFBB und WFS haben dazu bereits im Jahr 2019 eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, in der sie sich auf eine gemeinsame internationale Vermarktung der Lausitz verständigt haben (Sächsische Staatskanzlei, 2019). In Umsetzung ist bereits ein gemeinsames Investorenwerbeportal im Internet (www.lausitz-invest.com) entstanden. Aktuell bauen beide Landesgesellschaften vor Ort in der Lausitz im Rahmen eines bundesgeförderten Projektes ein gemeinsames „Lausitz Investor Center“ als zentrale Anlaufstelle auf. Die Kooperationsvereinbarung wurde Anfang 2021 um die beiden Strukturgesellschaften WRL und die Sächsische Agentur für Strukturentwicklung (SAS) erweitert (WFBB, 2021). Die Landeswirtschaftsförderungen arbeiten bei der gemeinsamen Bewerbung der Lausitz eng mit der GTAI zusammen.

Das Leitbild zur Strukturentwicklung der Lausitz ist in Anlage 1 des Strukturstärkungsgesetzes (StStG) verankert. Darin heißt es: „Die Lausitz soll als eine „Europäische Modellregion“ beispielgebend für einen gelungenen Strukturwandel sein.“ Zur aktiven Gestaltung eines gelungenen Strukturwandels und Förderung eines modernen, attraktiven Wirtschaftsraums unterstützen Bund und Land mit einer Sonderanstrengung im Kontext des Kohleausstiegs mit einem erheblichen Mitteleinsatz insbesondere die Weiterentwicklung der wirtschaftsnahen Infrastruktur (Bundesanzeiger, 2020).

Das StStG, welches im August 2020 in Kraft getreten ist, hält in der Bund-Länder-Vereinbarung rund 10,3 Mrd. Euro Finanzhilfen für besonders bedeutsame Investitionen in der Lausitz bis 2038 fest. Diese Mittel werden vom Bund bereitgestellt (Bundesanzeiger, 2020). Zugleich brachte das Brandenburger Kabinett das Prozesspapier „Lausitzprogramm 2038“ auf den Weg, welches die strategischen Ziele der Landesregierung Brandenburg sowie die Entscheidungs- und Begleitstrukturen für den Prozess der Strukturentwicklung definiert (Landesregierung Brandenburg, Staatskanzlei, 2020).

Der Bund unterstützt die Region außerdem durch in seiner Zuständigkeit liegende Maßnahmen wie etwa die Erweiterung von Forschungs- und Förderprogrammen, den Ausbau von Verkehrsinfrastrukturprojekten oder die Ansiedlung von Bundeseinrichtungen (BMWK, o.D.c).

Im Rahmen des StStG besteht das Bundesprogramm zur Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten, kurz: STARK, das speziell für die Situation der Kohleregionen konzipiert wurde. Mit den 11 Förderkategorien sollen neue Wertschöpfungsmöglichkeiten und alternative Produktionsweisen aufgezeigt werden, um die Transformation der Lausitz ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig proaktiv zu gestalten (Bafa, o.D.). Für die Förderung von Projekten zur Investorenwerbung werden die Fördermittel des Bundes genutzt, bspw. für das o. g. „Lausitz Investor Center“ (WFBB, o.D.b). Hiermit können vor allem auch Personalkosten übernommen werden.

Uckermark

Die Bundesregierung hat zusammen mit dem Land Brandenburg sowie die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt ein Sonderprogramm im Rahmen GRW für die ostdeutschen Raffineriestandorte und Häfen in Höhe von 750 Mio. Euro bis 2037 vereinbart. Im Landkreis Uckermark können damit gewerbliche Investitionen von Unternehmen gefördert werden, ebenso wie wirtschaftsnahe Infrastrukturmaßnahmen sowie nichtinvestive und weitere Maßnahmen, die zur Steigerung der Standortattraktivität und der Wettbewerbsfähigkeit einschließlich regionaler Daseinsvorsorge beitragen. Brandenburg wird außerdem gemeinsam mit der Bundesregierung die Begleitung der Strukturentwicklung am Standort Schwedt/Oder im Rahmen der Experimentierklausel der GRW finanziell fördern.

Eine weitere wichtige Maßnahme zur gezielten Unterstützung von Wirtschaftsansiedlung in der Uckermark ist die Vereinbarung über die Einrichtung eines Arbeitsausschusses aus Spezialisten für Investorenanwerbung bei der Germany Trade & Invest. Dieser Arbeitsausschuss unterstützt den Standort Schwedt gezielt bei der Suche nach passenden Greenfield-Investitionen.

Die Bundesregierung fördert gemeinsam mit dem Land Brandenburg den Aufbau des im Januar 2023 gestarteten „Startup-Labor Schwedt“ für die Bereiche alternative Energien und innovative und soziale Dienstleistungen im ländlichen Raum. Das Startup Labor wird von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) gemeinsam mit der PCK Schwedt GmbH, der LEIPA Georg Leinfelder GmbH und weiteren Partnern aus Wissenschaft, Industrie und Gesellschaft umgesetzt. Mit dem Labor sollen innovative Startups aus ganz Deutschland angesprochen werden. Sie erhalten in Schwedt die Möglichkeit, neue ressourcenschonende Technologien in einem industriellen Umfeld zu erproben.

3.3.3 Ansiedlungsrelevante Infrastrukturausstattung

Die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg verfügt über eine gute (Verkehrs-)Infrastruktur. Die Erreichbarkeit von Gewerbegebieten und die damit in direktem Zusammenhang stehende Verfügbarkeit geeigneter Arbeits- und Fachkräfte in den Unternehmen spielen eine zunehmend wichtige Rolle insbesondere in den peripheren Lagen. Eine entsprechende Standortanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist also ein entscheidendes Kriterium für die Bewertung der Standortqualität. Infrastruktur umfasst dabei die verkehrliche Anbindung (Straße, Schiene, Luft- und Wasserwege), die digitale Anbindung (Mobilfunk und Breitband), Medien (Energie und Wasser) sowie die soziale Infrastruktur (Angebote für Betreuung, Qualifizierung, Versorgung, Verwaltung, Kultur, Freizeit und Erholung in Natur

und Landschaft). Insbesondere die Entwicklung der weichen Standortfaktoren liegt in der Verantwortung der Kommunen.

Verkehrsinfrastruktur

Für eine moderne und (inter-)national integrierte Wirtschaftsleistung, bestimmt durch geringe Lagerhaltungskosten und einen hohen Grad an Just-in-time-Produktionsprozessen, ist Transportzeit ein wesentlicher Standortfaktor. Die regionale Verkehrsanbindung ist damit sowohl harter als auch weicher Standortfaktor, da neben den Gütern und den Pendlern auch arbeitsnah gelegene Wohngebiete an Attraktivität gewinnen und damit die Zufriedenheit und Verfügbarkeit potenzieller Arbeitnehmer zunehmen kann.

Ein wichtiger Standortfaktor der regionalen Wirtschaftsentwicklung ist deshalb eine verkehrlich möglichst störungsfreie Erreichbarkeit der Gewerbeflächen. Im Lichte der Diskussionen zum Klimawandel steht der Mobilitätssektor ganz besonders im Fokus. Nachdem lange Jahre allein die Nähe zur Autobahn ausschlaggebendes Standortkriterium war, stehen heute Gewerbegebiete, die bimodal auch an das Eisenbahnnetz angeschlossen sind, immer mehr im Interesse von Investoren insbesondere aus der Industrie⁷. Die einfache Erreichbarkeit der Flächen muss nicht nur für Güter, sondern auch für die eingesetzten Fach- und Arbeitskräfte möglich sein.

Digitale Infrastruktur

Lückenlose und zeitgemäße Mobilfunkinfrastruktur ist für ein Flächenland eine besondere Herausforderung und dennoch als Erschließungsinfrastruktur ein bedeutender Standortfaktor, sowohl für die Industrie, aber auch für die Frage, ob sich potenzielle Fachkräfte niederlassen. Die grundsätzliche Zuständigkeit für den Breitbandausbau liegt jedoch nicht bei den Bundesländern, sondern beim Bund bzw. bei der Bundesnetzagentur. Mit den Richtlinien des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) werden nun neben dem sukzessiven Abbau der sogenannten „weißen Flecken“ (Versorgung unter 30 Mbit/s) auch die sogenannten „grauen Flecken“ (Versorgung unter 100 Mbit/s ab 2023 unter 200Mbit/s), gefördert (BMDV, 2022).

Energieinfrastruktur

Neben den bereits unter 2.3 und 2.4 benannten Standortfaktoren Fach- und Arbeitskräfte sowie Gewerbeflächen rückt der leitungsgebundene Energieanschluss vermehrt in den Fokus bei der Standortauswahl. Die Stromnetzanbindung für weitere gewerbliche/industrielle Nutzung ist beispielsweise bei der bestehenden Netzauslastung insbesondere im ausgelasteten Berliner Umland kurzfristig kaum mehr möglich⁸.

Netzanschlüsse in der Größenordnung von 30 - 40 MW können in den vorhandenen Netzstrukturen zwar in der Regel ohne größere Ausbaumaßnahmen realisiert werden. Nichtsdestotrotz muss auch für den Anschluss an das 110kV-Netz von zwei bis drei Jahren für die Planung, Genehmigung und Realisierung ausgegangen werden. Bei sehr hohen Punktlasten sind zusätzliche Netzausbaumaßnahmen im 110kV- und 380kV-Netz in der Regel notwendig. Die Realisierung neuer bzw. Ertüchtigung bestehender Trassen kann je nach Umfang erfahrungsgemäß bis zu 10 Jahre in Anspruch nehmen. Entsprechende Planungen

⁷ Interne Darstellung der WFBB vom 07.06.2022

⁸ Interne Darstellung der WFBB vom 07.06.2022

durch die Netzbetreiber erfolgen zudem erst anlassbezogen und nach Abschluss entsprechender Netzanschlussverträge.

Berlin bildet sich zu einem neuen Internetnetzknotten heraus, und die dazu nötige Kapazität an Rechenleistung zieht vermehrt Rechenzentren in die Region, die bei den bisherigen technischen Standards einen sehr hohen Stromverbrauch haben. Die kurzfristige Stromnetzanbindung wird bei den Ansiedlungsgesuchen zu einer zentralen Herausforderung, da in der Regel Netzausbaumaßnahmen erforderlich werden.

Zudem werden erste Fälle erkennbar, in denen es zu Konkurrenzen um die zeitnahe Bereitstellung benötigter Energie geht, beispielsweise zwischen verbrauchsstarken Rechenzentren und nahe gelegenen industriellen Produktionsbetrieben. Im Rahmen der Ansiedlungsstrategie muss deshalb auch ein Weg definiert werden, der beiden Interessen gerecht wird. Denkbar wäre eine differenzierte Klassifizierung geeigneter Standorte, für industrielle Nutzungen oder für Rechenzentren. Eine industrielle Nutzung benötigt u.a. gute ausgebaute Verkehrsverbindungen für umfangreiche An- und Ablieferung, dagegen sind für Rechenzentren, die keine Wirtschaftsverkehre induzieren, gute Verkehrsinfrastruktur von nachgelagerter Bedeutung. Dadurch wären autobahnahe Lagen eher für Industrie zu präferieren, während Rechenzentren auch periphere Lagen nutzen können, wenn diese gut mit Energie (idealerweise Grünstrom) versorgt und mit dem ÖPNV gut zu erreichen sind⁹.

Von den Netzbetreibern werden die langwierigen Genehmigungsverfahren als Haupthindernis benannt. Die Gründe für Verzögerungen beim Netzausbau (wie beim EE-Ausbau) sind vielfältig. Vorschläge zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren gibt es mittlerweile reichlich, sei es z. B. zur Vereinfachung des Verfahrensrechts, zur Vereinheitlichung von Artenschutzrecht, zur Stärkung des Themas Klimaschutz in der Abwägung oder zur Beschleunigung der Klageverfahren.

Auch auf Seiten der Netzbetreiber bestehen durchaus noch Potenziale, die Realisierung von Leitungsvorhaben zu beschleunigen. So ist die zügige und vollständige Erarbeitung genehmigungsfähiger Unterlagen einschließlich der Klärung von eigentumsrechtlichen und naturschutzfachlichen Fragen zunächst allein Aufgabe der Netzbetreiber.

Wasserver- und Abwasserentsorgung

Ein wichtiger Standortfaktor der regionalen Wirtschaftsentwicklung ist eine infrastrukturelle Erschließung von Gewerbeflächen, die eine ausreichende Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gewährleisten. Die Versorgung von Bevölkerung und Gewerbe mit sauberem Trinkwasser und die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung sind Selbstverwaltungsaufgaben der Gemeinden.

Die Festlegungen zur Wasserversorgung sowie in den Abwasserbeseitigungskonzepten beruht auf der Berücksichtigung der gemeindlichen Interessen in den Zweckverbänden.

Bei der Entscheidungsfindung für eine Ansiedlung von Gewerbe, insbesondere von wasserintensivem Gewerbe, sind technische, betriebliche, ökologische und finanziellen Anforderungen sowie rechtliche Vorgaben von Bedeutung. Die wesentlichen rechtlichen Rahmenbedingungen bilden insbesondere das Wasser-, Naturschutz-, Bau-, Planungs- und Kommunalrecht. Angesichts der mit dem demografischen Wandel verbundenen Auswirkungen auf die Wasserwirtschaft spielt auch die Zukunftsfestigkeit und

⁹ Interne Darstellung der WFBB vom 07.06.2022

Nachhaltigkeit der bei einer Gewerbeansiedlung neu geplanten Lösungen eine wichtige Rolle. Bedeutsam ist hierbei für die Wasserversorgung eine ausreichende Verfügbarkeit von Wasser sowie entsprechende Wasseraufbereitungskapazitäten und für die Abwasserentsorgung das Vorhandensein von in Dimension und Reinigungsleistung angepassten Abwasserbehandlungsanlagen einschließlich geeigneter Ableit-/Vorflutgewässer.

Soziale Infrastruktur

Das Angebot an Fachkräften ist ein wesentlicher Faktor für Ansiedlungen. Die Gewinnung von Fachkräften ist dabei ein wichtiges Handlungsfeld der Ansiedlungsstrategie sowie der Fach- und Arbeitskräftestrategie. Fachkräfte wollen in einem Umfeld wohnen, das ihnen und ihren Familien gute und für sie ausreichende Grundlagen der Daseinsvorsorge im gesellschaftlichen Alltagsleben bietet. Auch aus unternehmerischer Sicht ist eine funktionierende Infrastruktur wichtig, damit ausreichend Fach- und Arbeitskräfte in der Region bleiben bzw. gewillt sind, sich dort niederzulassen. Hierbei kommt der Erholungsfunktion von Natur und Landschaft, besonders in den touristisch erschlossenen Gebieten und den Nationalen Naturlandschaften im Land Brandenburg eine große Bedeutung zu.

Zentral ist dabei die Soziale Infrastruktur, verstanden als die Gesamtheit der örtlichen sowie regionalen Dienste und Einrichtungen, die der sozialen Versorgung der Bevölkerung dienen und im weiteren Sinne die Gesamtheit der Netze und Beziehungen und Abhängigkeiten, die die Grundlage für die Daseinsvorsorge im gesellschaftlichen Alltagsleben bilden. Die Ausstattung mit Sozialer Infrastruktur ist damit auch für die Umsetzung des grundgesetzlichen Leitzieles, gleichwertige Lebensverhältnisse zu sichern bzw. herzustellen. Soziale Infrastruktur umfasst Einrichtungen und Dienstleistungen der Bildung und Betreuung wie Schulen, Kindertagesstätten, wie z. B. Betreuungs- und Pflegeleistungen für Senioren, Kinder und Jugendliche, behinderte Menschen, medizinische Versorgung, ambulant wie stationär, Rettungsdienste, Freizeiteinrichtungen, Einrichtungen der Gemeinschaft wie z. B. der Kultur, des Sports und der Soziokultur oder soziale Beratungsangebote. Lebensqualität, aber auch Chancengerechtigkeit und die Ausstattung der Sozialen Infrastruktur sind untrennbar verknüpft.

Bei der Begleitung von Ansiedlungsvorhaben ist der Ausbau bzw. die Anpassung der Sozialen Infrastruktur von den öffentlich verantwortlichen Stellen mit zu denken bzw. mit zu planen. Der Erfolg von Ansiedlungsvorhaben kann hiervon abhängig sein. Die Sicherung angemessener sozialer Infrastruktur gehört als wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge zu den Grundaufgaben kommunaler Selbstverwaltung und ist in weiten Bereichen in öffentlicher Versorgungsverantwortung, auch wenn freie oder kirchliche Träger, insbesondere freie Träger der Wohlfahrtspflege, eine wichtige Rolle spielen. Durch rechtliche Regelungen, (Teil-) Finanzierung und personelle Ausstattungen (bspw. Schulen) beteiligt sich das Land an der Gestaltung und dem Ausbau der Sozialen Infrastruktur.

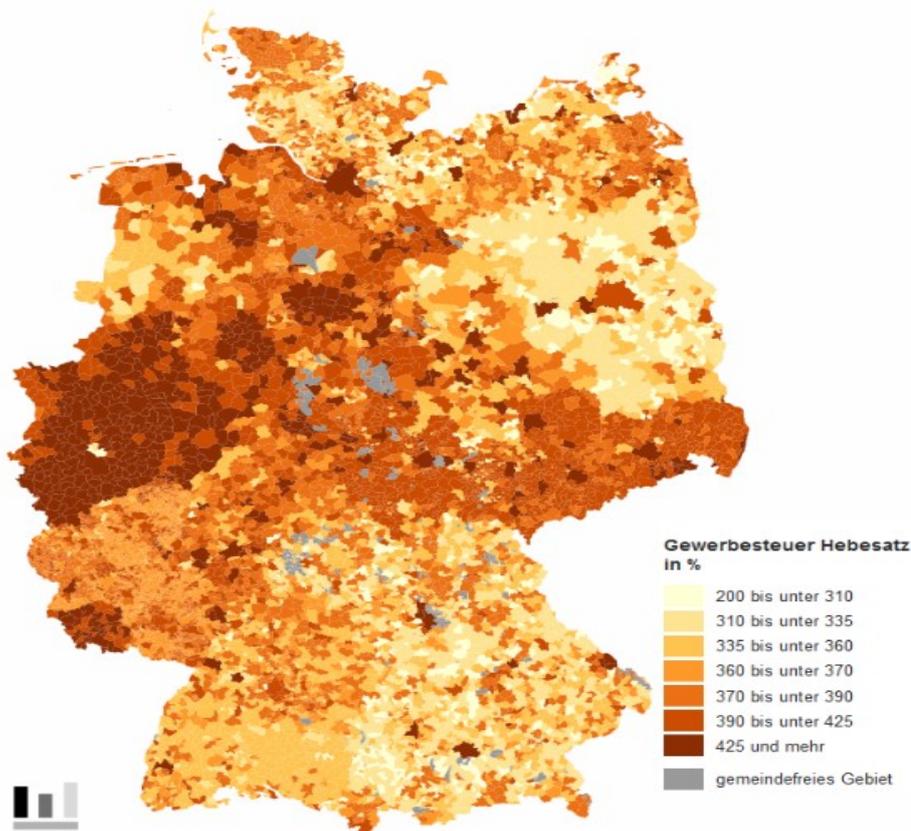
3.3.4 Regionale Rahmenbedingung

Die Besteuerung von Unternehmensumsätzen und -gewinnen unterliegt in Deutschland einheitlichen gesetzlichen Regelungen, so dass die Steuerbelastung überall dieselbe ist. Eine Ausnahme bilden die Steuern, die durch kommunale Hebesätze und damit regional beeinflusst werden wie z. B. Gewerbesteuer. Unterschiede zwischen den Kommunen in Höhe der kommunalen Hebesätze ergeben

sich aus der kommunalen Selbstverwaltung. Gleichzeitig kann ein solcher „Steuerwettbewerb“ der Kommunen mit Folgen für die Ausfinanzierung der kommunalen Daseinsvorsorge einhergehen.

Abbildung 2 zeigt die unterschiedlichen Hebesätze (Gewerbesteuer) der Kommunen in Deutschland.

Abbildung 8: Hebesätze der Gemeinden 2020 in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2022

Eine unternehmerische Entscheidung zur Ansiedlung unterliegt einer Vielzahl von fixen und variablen sowie harten und weichen Standortfaktoren.

3.4 Digitales Informationsangebot der Ansiedlung in Brandenburg – Brandenburg Business Guide

Der Brandenburg Business Guide, BBG (www.brandenburg-business-guide.de), ist eine öffentlich zugängliche, webbasierte Visualisierung georeferenzierter Infrastruktur- und Branchendaten des Landes Brandenburg. Verschiedene, überwiegend öffentlich zugängliche Datenbanken werden in diesem Portal über diverse Schnittstellen zusammengeführt und durch redaktionelle Inhalte ergänzt.

Primäres Element des Portals bilden die interaktiven Karten, auf denen neben klassischen harten Standortfaktoren wie beispielsweise Unternehmen und Gewerbegebieten auch digitale und verkehrliche Infrastrukturen, Instrumente zur Berechnung von Erreichbarkeiten und Flächengrößen sowie Ausgabe der regionalen Hebesteuersätze und Katasterdaten dargestellt werden können. Die harten Standortfaktoren werden in BBG mit den weichen Standortfaktoren wie Ausflugsziele, Sehenswürdigkeiten, Museen und Bildungseinrichtungen georeferenziert zusammengeführt.

In Abhängigkeit der durch die Nutzerinnen und Nutzer gewählten Filter (Region, Branche, Standortfaktor) und der aktuellen Position und Zoomstufe auf der Karte werden zusätzlich redaktionelle Artikel, Dossiers und weitere Dokumente zum Aufruf angeboten. Insgesamt ergeben die derzeit rund 175.000 POIs (points of interest, Datenpunkte auf der Karte), die circa 1.000 redaktionellen Beiträge, Bildergalerien, Videos sowie die unterschiedlichen Kartenebenen eine nahezu unbegrenzte Anzahl von individuellen Darstellungsmöglichkeiten. Einzeln vorliegende und teilweise nur Fachleuten bekannte Daten werden durch die Zusammenführung und Visualisierung im BBG einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht und wirtschaftspolitische Zusammenhänge dadurch verdeutlicht, sodass diese Daten über den BBG auch eine Aufwertung erfahren.

Das Portal dient zum einen der Vermarktung des Bundeslandes Brandenburg als Standort für investitions- und expansionsinteressierte Unternehmer. Der BBG ist durch sein umfangreiches Angebot und die Detailtiefe der Informationen für viele Unternehmer erster Anlaufpunkt bei der Recherche. Damit erzielt Brandenburg einen wichtigen Wettbewerbsvorteil bei der Investorensuche.

Der BBG ist aber auch bewährtes Arbeitsinstrument für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung – von der Landes- bis zur kommunalen Ebene. Ansiedlungsanfragen von Unternehmen können schnell und gezielt mit Hilfe des BBG beantwortet werden.

Diese Faktoren haben zu einer sehr schnellen Akzeptanz und Anerkennung des BBG als eine der wichtigsten digitalen Plattformen des Landes Brandenburg geführt. Bereits vier Jahre nach seinem Start wurde der BBG im Jahr 2017 als bestes Geoportal Deutschlands ausgezeichnet.

Bis dato sind vergleichbare Projekte in Umfang und Detailtiefe aus anderen Bundesländern nicht bekannt. Brandenburg ist somit weiterhin Vorreiter auf dem Gebiet des digitalen Ansiedlungsmanagements und der datengestützten Standortwerbung.

4 Handlungsfelder zu den Strategischen Zielen der Ansiedlungspolitik

4.1 *Strategisches Ziel 1: Brandenburg als neues industrielles Zentrum Deutschlands*

Brandenburg hat heute die Chance, zu einem neuen industriellen Zentrum der Mobilität sowie zu einer Kernregion der Energiewende sowie zu einer Region für Nachhaltige Produktion in Deutschland zu werden. Dies erfordert einen breiten Fächer an Maßnahmen, der nur im konzertierten Zusammenwirken von Ministerien, Kommunen und Wirtschaftsförderung realisiert werden kann. Die zukünftige Industriestrategie Brandenburg wird hierzu ganzheitliche strategische Ansätze definieren, worauf andere Maßnahmen und Strategien aufbauen werden. Die Akquisition und Ansiedlung neuer wertschöpfungsstarker Unternehmen kann daher nur eine Teilaufgabe sein, die nur dann erfolgreich sein kann, wenn vorher und parallel die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Dies umfasst insbesondere die Bereitstellung von Industrie- und Gewerbeflächen als unverzichtbare Voraussetzung vor allem für industrielle Ansiedlungen, ebenso wie die Gewinnung und Entwicklung von geeigneten Fach- und Arbeitskräften oder den Aufbau eines Lebens- und Wohnumfeldes für neu Hinzuziehende.

Innerhalb der Akquisition und Ansiedlung gilt es, die richtigen inhaltlichen Schwerpunkte in der Ansprache zu setzen, um bestehende Wertschöpfungsketten auszubauen oder neue erfolgreich zu etablieren, ohne zukunftsweisende Nachhaltigkeitsaspekte zu vernachlässigen. Inhaltliche Grundlage bilden dabei die identifizierten Cluster, die national wie international zunehmend von ansiedlungsinteressierten Unternehmen als attraktiv wahrgenommen werden. Dabei sollten besonders Unternehmen akquiriert

werden, die die notwendigen branchenspezifischen und branchenübergreifenden Wertschöpfungsketten der Cluster stärken. Dazu wird empfohlen, geeignete Kriterien zu entwickeln.

Unterstützend kommen die in der Region vorhandenen Wissenschafts- und Hochschuleinrichtungen als Partner für Forschung und Entwicklung hinzu. Der Potsdam Science Park mit über 2000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in drei Instituten der Max-Planck und einem Institut der Fraunhofer-Gesellschaft sowie der Universität Potsdam entwickelt sich rasant zu einem auch unternehmerisch bedeutsamen Innovationsstandort. Ferner hat etwa das Fraunhofer Institut für Angewandte Polymerforschung (IAP) am BASF-Standort in Schwarzheide ein Technikum eingerichtet. Das Leichtbauzentrum des Fraunhofer IAP (PYCO) befindet sich direkt am Hochschul- und Gewerbestandort Wildau. An der BTU Cottbus-Senftenberg wird derzeit ein Lausitz Science Park aufgebaut, der auf den Transfer von Wissenschaft und Wirtschaft ausgerichtet ist. Hiermit sollen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen profitieren sowie neue ansiedlungsrelevante Wertschöpfungsketten initiiert werden. Die THB in Brandenburg an der Havel unterstützt Gründungen und Transfer, auch durch die Präsenzstelle Prignitz mit Standorten in Wittenberge, Pritzwalk und Neuruppin. Ein weiterer wichtiger Aspekt sind ferner die Ansiedlung von Startups-Unternehmen deren Entwicklungsbasis die Innovationen aus der Wissenschaft darstellen.

Wirtschaftsstarke, innovative und resiliente Cluster stärken das internationale Image Brandenburgs und sorgen somit für eine Sogwirkung. Dafür müssen harte und weiche Standortfaktoren optimal aufeinander abgestimmt werden. Die Akquisition kann diese dann in erfolgreiche Ansiedlungen umsetzen.

4.1.1 Handlungsfeld: Gewerbe- und Industrieflächenpotenziale nutzen

Verfügbare Gewerbe- und Industrieflächen sind unverzichtbare Grundlage für erfolgreiche Neuansiedlungen im internationalen Standortwettbewerb ebenso wie für Erweiterungen in Brandenburg bereits ansässiger Unternehmen. Bislang hat Brandenburg erheblich vom vorhandenen Gewerbeflächenpotenzial profitiert. Inzwischen werden jedoch geeignete Standorte vor allem für Logistikunternehmen und das Verarbeitende Gewerbe auch in Brandenburg rapide knapper. Diese Entwicklung findet derzeit in allen Teilen Deutschlands in vergleichbarer Weise statt und wird dort bereits aktiv aufgegriffen. Die Bereitstellung der mehr als ca. 400 Hektar großen Fläche für Intel in Sachsen-Anhalt ist ein aktuelles Beispiel dafür. Wenn Brandenburg auf der Angebotsseite zurückfallen würde, könnte die erarbeitete Position des Standortes darunter leiden. Zur Beibehaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes Brandenburg ist deshalb die proaktive Entwicklung der Potenzialflächen, insbesondere von größeren zusammenhängenden Flächen essenziell.

Mit dem Industrie- und Gewerbeflächenkonzept wird demnächst eine Übersicht zu verfügbaren sowie mittel- bis langfristig entwickelbaren Gewerbepotenzialflächen vorliegen. Dies ist die Grundlage für das notwendige proaktive Vorgehen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Brandenburg. Das Land ist hierbei jedoch nicht direkt zuständig oder weisungsbefugt und kann notwendige Planverfahren für die Flächenentwicklung weder anweisen, noch die Verfahren an sich ziehen. Gleichwohl hat das Land ein wesentliches Interesse daran, dass Industrie- und Gewerbeflächen neu ausgewiesen und dann präferiert an Branchen und Unternehmen gegeben werden, die das ökonomische Spektrum ökologisch sinnvoll ergänzen. Dies ist nur gemeinsam mit den Regionen möglich.

Um die Grundvoraussetzung – das Vorhandensein großer geeigneter Gewerbe- und Industrieflächen – zu gewährleisten, bedarf es einer aktiven Information und Begleitung der Kommunen bei der Umsetzung

der Ergebnisse des Gewerbe- und Industrieflächenkonzeptes. Aus dem Ergebnis des Gewerbe- und Industrieflächenkonzeptes wird zudem erkennbar werden, in welchem Umfang die Kommunen personell, kompetenzseitig und finanziell handlungsfähig für die Umsetzung sind.

Für das ergänzende Ziel einer branchen- und zielgruppenspezifischen Ausrichtung künftiger Gewerbegebiete kann das Land als Anreiz die Unterstützung bei der Flächenentwicklung (Bauleitplanung, Planungsmanagement, Infrastrukturentwicklung, verkehrliche Anbindung) an diese Voraussetzung koppeln. Idealerweise sollten für landesbedeutsame GE- und GI-Flächen entsprechende Festlegungen bereits in der planerischen Grundlage der Kommune verankert werden. Dies würde eine neue qualitative Grundlage bilden, wie MWAE-seitig mit den betroffenen Kommunalpartnern diese Flächen eigentumsrechtlich gesichert, bauplanerisch entwickelt und infrastrukturell gestaltet werden können.

4.1.2 Handlungsfeld: Industriefreundlichkeit als Standortfaktor

Eine Hauptvoraussetzung für den Aufbau eines neuen industriellen Zentrums in Deutschland und Europa ist Industriefreundlichkeit als grundlegende Überzeugung, dass ohne Produktion auch keine vor- und nachgelagerten Dienstleistungen und Wertschöpfungen möglich sind. Dies ist in Deutschland und Europa nicht überall automatisch gegeben. Industriefreundlichkeit wird damit zu einem wichtigen immateriellen, aber essenziellen Standortfaktor für große gewerbliche Ansiedlungen.

Industriefreundlichkeit manifestiert sich besonders in der lokalen öffentlichen Meinung zu einem möglichen neuen oder erweiterten industriellen Projekt. Sie ist bereits im Vorfeld an der Bereitschaft zur planerischen Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen durch die Kommunen festzustellen. Mit der Akzeptanz von Industrie ist auch die Akzeptanz von Nebeneffekten in der Sichtbarkeit von Gebäuden, im Verkehr oder im Ressourcenverbrauch verbunden. Dies korreliert auch im Land Brandenburg verstärkt mit den Anforderungen, die an eine nachhaltige Wirtschaft gestellt wird.

Industriefreundlichkeit zielt damit in besonderem Maße auf nachhaltig sowie forschungs- und entwicklungsstarke Moderne Industrien, die sich ihrer Verantwortung für Klima und Umwelt bewusst sind und entsprechend innovativ darauf reagieren. Im Rahmen der in Bearbeitung befindlichen Industriestrategie Brandenburg sowie des Vorhabens „Klimaplan Brandenburg“ und einer Klimaanpassungsstrategie für Brandenburg sind diese Aspekte verstärkt zu adressieren.

4.1.3 Handlungsfeld: Förderarchitektur im Standortwettbewerb

Der Wettbewerb um die Ansiedlung von nationalen und internationalen Unternehmen, insbesondere im ländlichen Raum, ist sehr stark. Zum Erhalt und Ausbau der Standortvorteile Brandenburgs, insbesondere in den strukturschwachen Regionen, ist das Angebot einer umfassenden Förderarchitektur notwendig. Diese Architektur ist innerhalb der landesseitigen Möglichkeiten fortwährend auf die Wettbewerbsbedingungen hin zu evaluieren und anzupassen.

Die Förder- und Finanzierungsinstrumente des Landes im Rahmen der Akquisitionstätigkeiten der WFBB müssen zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes erhalten und langfristig für zukünftige Marktveränderungen angepasst werden.

4.2 Strategisches Ziel 2: Profilschärfung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg

In den vergangenen Jahren hat eine starke Profilierung Brandenburgs als Standort der Modernen Mobilität, als Zentrum der deutschen Energiewende und als Region für Nachhaltige Produktion

stattgefunden. Das Profil erhöht die Sichtbarkeit und Attraktivität des Standortes erheblich und ermöglicht die gezielte Anwerbung von Unternehmen in den Wertschöpfungsketten. Die aktuell landesintern mit den zuständigen Fachministerien einvernehmlich definierten Clusterprofile sind hiervon ausdrücklich nicht betroffen.

Ein Aufbau von Monostrukturen mit starken Abhängigkeiten in Ziel- und Quellmärkten sollte gleichwohl vermieden werden. Für Ansiedlungen bedeutet dies unbeschadet der weiter angestrebten Profilschärfung des Standortes, immer auch eine ausreichende Breite im Branchenmix beizubehalten.

4.2.1 Handlungsfeld: Zielbranchen, Wertschöpfungsketten, qualitative Kriterien

Um ein zielgerichtetes Vorgehen der o. g. Akquisition in industriellen Branchen zu ermöglichen, bedarf es einer entsprechenden inhaltlichen Ausrichtung auf Zielbranchen. Diese Zielbranchen sollten insbesondere aus den Clustern heraus identifiziert und um geeignete weitere Branchen ergänzt werden. Besonders sollten die Wertschöpfungsketten der Cluster-Branchen in den Fokus der Ansiedlung genommen werden, damit die Wertschöpfungstiefe vor Ort ausgebaut und die Brandenburgische Wirtschaft insgesamt unabhängiger von globalen und geopolitischen Ereignissen werden kann. Dies stärkt die Resilienz der ansässigen Unternehmen, wenn in Fällen wie Pandemien oder bei Lieferantenausfällen durch globale Ereignisse Lieferketten gestört sind oder ganz abbrechen.

Auch innerhalb der Zielbranchen bestehen teilweise deutliche Unterschiede. Die thematische Breite wird in der Logistik deutlich, die mit der Produktionslogistik als unverzichtbarem Bestandteil für die Industrie beginnt, dann über die Kontraktlogistik und Handelslogistik bis zu Kurierdiensten und zum eCommerce reicht. Mit qualitativen Kriterien soll künftig definiert werden, welche Segmente besondere Relevanz für die Wertschöpfung und Entwicklung am Standort Brandenburg und damit Präferenz in der Ansiedlungsstrategie haben.

4.2.2 Handlungsfeld: Von Clustern über Cross-Cluster zu Transformationsthemen

Die bestehenden neun Cluster sollten künftig noch viel mehr in ihrer Vernetzung betrachtet werden. Viele spannende Projekte entstehen gerade an den Schnittstellen zwischen den Disziplinen („Cross-Cluster“) bei den großen Transformationsthemen wie beispielsweise der Modernen Mobilität. Dies bewährt sich bereits im Technologietransfer und sollte auch in der Investorenwerbung genutzt werden. Damit zeichnet sich zunehmende eine Transformation von sektoraler zu funktionaler Spezialisierung von Standorten ab. Diese funktionale Spezialisierung spiegelt sich in der steigenden Identifizierung von „Kompetenzprofilen“ von Standorten wider.

Cluster sind umfangreiche Strukturen aus Unternehmen, Wissenschaft/Forschung und unterstützenden Intermediären, die Branchen durch ihre räumlich gebündelten Aktivitäten stärken. Ein ähnlicher Arbeitskräftebedarf sowie vergleichbare Anforderungen an Zulieferer und Abnehmer oder komplementäre Entwicklungsinteressen schaffen Synergieeffekte, die die Aktivitäten begünstigen. Es ist davon auszugehen, dass dieser Effekt insbesondere in Querschnittsbereichen sowie bei den übergeordneten Transformationsthemen auch komplett Cluster-übergreifend entstehen kann. So können beispielsweise IT, Optik oder Robotik für viele Cluster Angebote schaffen. Auch die Cluster Metall und Kunststoff-Chemie sind als Querschnittscluster anzusehen. Umgekehrt bringen nahezu alle Cluster Aspekte in große Transformationsthemen wie die Moderne Mobilität oder die Nachhaltige Produktion ein. Beispielhaft wird

dies für die Bioökonomie deutlich: „Daneben rücken Rohstoffe aus der Landwirtschaft ebenso wie Holz, Bioabfälle und Reststoffe immer stärker in das Blickfeld innovativer Wertschöpfungsketten einer nachhaltigen Bioökonomie, die eine verstärkte clusterübergreifende Zusammenarbeit erfordert“ (zitiert aus S. 21 der Regionalen Innovationsstrategie des Landes Brandenburg). Cluster sollten ihre entsprechenden Bedarfe an diesen Dienstleistungen in enger Abstimmung mit der WFBB definieren, damit weiter gezielt Unternehmen zur Cross-Cluster-Unterstützung akquiriert werden können. Kompetenzprofile schaffen mehrdimensionale Ansätze innerhalb der teils nicht vollständig zu antizipierenden und dynamischen Transformationsthemen. Mit der Profilierung als ein Zentrum der integrierten Bewältigung dieser Transformationsthemen wird Brandenburg in Zukunft gerade im internationalen Standortwettbewerb vermehrt punkten können.

4.2.3 Handlungsfeld: Teilstrategien für Themen und Regionen

Große Themenkomplexe wie die Moderne Mobilität können sinnvoll mit Teilstrategien unterlegt werden, die auf der vorliegenden Ansiedlungsstrategie aufbauen. Dadurch kann auf die speziellen Bedarfe in Zielbranchen und Wertschöpfungsketten eingegangen werden. Mit Blick auf die künftig auch mit inhaltlichen Festlegungen angedachten Standortentwicklungen könnten besonders präferierte Branchenstandorte zudem durch ihre Lage, Größe und Zulieferbeziehungen definiert werden.

Für Regionen mit besonderen Rahmenbedingungen, wie in der Transformationsregion Lausitz oder im wirtschaftlichen Umfeld des Flughafens Berlin Brandenburg (BER), wären ggf. ebenfalls Teilstrategien denkbar. Beide Regionen erstrecken sich jeweils auch über Teile eines Nachbarbundeslandes. Die gemeinsam von WFBB und Berlin Partner vermarktete Airport Region des Flughafens BER hat eine solche, auf besonders für Flughafenregionen relevante Branchen und deren internationale Quellregionen ausgerichtete Strategie. Die aktuelle Airport-Region-Strategie wird im Rahmen einer Evaluierung überprüft. Auch die Transformationsregion Lausitz wird länderübergreifend, hier gemeinsam von WFBB und der Wirtschaftsförderung Sachsen, als Investitionsstandort vermarktet. Dafür haben beide Wirtschaftsfördergesellschaften ebenfalls Eckpunkte für Branchen und Zielregionen der Investorenansprache festgelegt. Die Ausarbeitung weiterer regionaler Teilstrategien wird angeregt.

4.3 Strategisches Ziel 3: Ganzheitliche Ansiedlungspolitik als Erfolgchance

Der größte Ansiedlungserfolg Ostdeutschlands seit der Deutschen Einheit hat mit der Tesla Gigafactory in Brandenburg stattgefunden. Dass dies möglich wurde, ist in hohem Maße dem eng verzahnten professionellen Zusammenwirken der Beteiligten – Ministerien, nachgeordnete Behörden, Landkreis, Kommune, Wirtschaftsförderung – zu verdanken. Ein erfolgreiches ressort- und ebenenübergreifendes Vorgehen wird auch für künftige Projekte ein entscheidender Schlüssel zum Erfolg sein.

Einen besonderen Vorsprung im Standortwettbewerb könnte sich Brandenburg erarbeiten, wenn dieses Vorgehen nicht erst mit der konkreten Ansiedlung, sondern bereits im Vorfeld bei der Standortentwicklung erfolgen würde. Wenn alle notwendigen Voraussetzungen – Verfügbarkeit großer industriell nutzbarer Flächen, planungsrechtliche Grundlagen, infrastrukturelle Erschließung, genehmigungsrechtliche Erfordernisse, Rahmenbedingungen zur Fachkräftegewinnung wie Wohnraum und soziale, kulturelle und Bildungsinfrastruktur – bereits im Voraus vorbereitet sind, hätte Brandenburg gerade bei anspruchsvollen internationalen Investitionsvorhaben beste Chancen, sich im Standortwettbewerb durchzusetzen. Dafür

ist es notwendig, alle Genehmigungsbehörden frühzeitig einzubeziehen. Die Etablierung entsprechend flexibler und agiler Strukturen sollte angestrebt werden.

Immer mehr Unternehmen stellen an Standorte steigende Anforderungen der Nachhaltigkeit, nicht zuletzt aufgrund von Vorgaben, basierend auf EU-Taxonomie und den Environmental Social Governance (ESG)-Kriterien. Umgekehrt steht es im Interesse des Landes, dass Investitionsvorhaben im Einklang mit den Klima- und Nachhaltigkeitszielen stehen. Unternehmerische Bedarfe, wie direkte Versorgung mit grünem Strom, Bahnanbindung am Standort oder Verfügbarkeit nachwachsender Rohstoffe, können in Brandenburg in deutliche Standortvorteile gewandelt werden. Andererseits müssen potenziell beschränkende Faktoren (z.B. Wasserverfügbarkeit im Fortgang des Klimawandels) ebenfalls strategisch für ihre Relevanz für eine Ansiedlungsstrategie des Landes bewertet werden.

4.3.1 Handlungsfeld: Einbeziehung der Behörden und Verfahrensoptimierung

Die Praxis zeigt, dass Investoren unterschiedlich lange Zeitschienen für Investitionsvorhaben einplanen. Diese Unterschiede lassen sich häufig anhand der aktuellen Dynamik der Konjunktur, des Branchenmarktes sowie aber auch der individuellen Unternehmensphilosophie festmachen. Insbesondere kurze Planungshorizonte stellen für das Unternehmen sowie die Verwaltung mit ihren unterschiedlichen Verwaltungsbehörden eine Herausforderung dar. Brandenburg hat durch das Großprojekt Tesla diese Herausforderungen erfolgreich auf den Prüfstand stellen können und kann nun wichtige Erkenntnisse zur Optimierung künftiger Genehmigungsprozesse ableiten.

Eine erste Erkenntnis ist der positive Effekt der frühzeitigen Einbindung und der Koordinierung aller betroffenen Genehmigungsbehörden in eine flexible und agile projektbezogene, interorganisatorische Projektstruktur. Dadurch kann bereits in einer sehr frühen Phase proaktiv ein Fahrplan erstellt werden. Darin können die unternehmensseitigen Erwartungen mit den behördlichen Vorgaben abgeglichen und somit eine sich bedingende Aufgabenliste mit den jeweiligen Meilensteinen erstellt werden. Frühzeitige und fortwährende Hilfestellung bei der Erstellung der Antragsunterlagen schafft Klarheit auf beiden Seiten und führt zur beschleunigten Einreichung von vollständigen Unterlagen. Damit kann ein frühzeitiger und enger Abstimmungsprozess zu einer deutlichen Zeiteinsparung beitragen.

Zudem zeigt die frühzeitige Einbindung der zuständigen Akteure auch immer den klaren Willen der Verwaltung zur zügigen Umsetzung des Projektes. Dieses klare Signal von Entschlossenheit soll den Investor bei der Risikoabwägung seiner Investition am Standort Brandenburg positiv beeinflussen.

Eine zweite Erkenntnis ist die Möglichkeit der Inanspruchnahme des vorzeitigen Maßnahmenbeginns nach § 8a Bundesimmissionsschutzgesetz. Darin hat der Gesetzgeber eine besondere Regelung getroffen, wonach schon vor der abschließenden Genehmigung eine Anlage vorläufig zugelassen werden kann. Ziel ist es, mögliche Risiken durch mehr Transparenz und bessere Kommunikation mit dem Investor abzubauen.

Die Bundesregierung hat sich im 2021 beschlossenen Koalitionsvertrag dazu bekannt, Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen. Dieses Ziel wurde prominent bereits im 2. Kapitel wie folgt formuliert: *„Um Deutschland zügig zu modernisieren, sind schnelle Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren zentrale Voraussetzung. Daher sollen im ersten Jahr der Regierung alle notwendigen Entscheidungen getroffen und durchgesetzt werden, um private wie staatliche Investitionen*

schnell, effizient und zielsicher umsetzen zu können. Unser Ziel ist es, die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren. Dafür müssen Staat und Gesellschaft sowie Bund, Länder und Kommunen an einem Strang ziehen.“ Die Landesregierung sollte auf schnelle Umsetzung der Ankündigungen auf Bundesebene drängen und parallel dazu diesen Prozess aktiv begleiten und Maßnahmen zügig implementieren. Brandenburg wurde aufgrund vergangener Ansiedlungen als schnell und effizient wahrgenommen. Zur Wahrung und Ausbau dieses Images ist die enge Begleitung der vom Bund zu initiierten beschleunigten und erleichterten Prüf- und Genehmigungsprozesse frühzeitig zu organisieren. Eine Institutionalisierung durch eine zentrale Stelle zur Erfassung, Optimierung und Koordination dieser Prozesse kann zu einer Strukturierung und Komplexitätsreduktion beitragen.

Zur erfolgreichen Umsetzung der dargestellten Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung sind vorab bereits Hindernisse sowie Optimierungspotenziale zu identifizieren, die zu einem vereinfachten oder beschleunigten Ablauf führen könnten. Insbesondere sind Möglichkeiten zur Digitalisierung sowie Automatisierung, d.h. von medienbruchfrei zu organisierenden Prozessen des Planungs- und Genehmigungsprozesses zu erörtern. In diesem Zusammenhang wird auf die frei verfügbaren digitalen Angebote des Landes verwiesen (Planungsportal Brandenburg, die digitale Beteiligung bei Bauleitplanungen sowie das Geoportal Brandenburg) hingewiesen.

4.3.2 Handlungsfeld: Ansiedlungen im Einklang mit Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Nachhaltigkeit ist heute für viele Unternehmen ein wichtiger Handlungsmaßstab, der sich bei Ansiedlungen in entsprechenden Standortanforderungen widerspiegelt. Als Standard nachhaltigen Wirtschaftens etablieren sich derzeit auf der Grundlage der EU-Taxonomie ESG-konforme Richtlinien. Mit der Abkürzung ESG werden drei nachhaltigkeitsbezogene Verantwortungsbereiche von Unternehmen umrissen: Das „E“ für Environment steht hierbei für Umweltaspekte und Energieeffizienzthemen, das „S“ (Social) beinhaltet Themen wie Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sowie gesellschaftliches Engagement, und mit dem „G“ (Governance) wird eine nachhaltige Unternehmensführung verstanden. Komplementär hat das Land ein Interesse, Ansiedlungen in Einklang mit Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu bringen. Brandenburg hat durch den starken Ausbau Erneuerbarer Energien eine wichtige Grundlage für ökologisches Wirtschaften gelegt. Im stofflichen Bereich trägt Bioökonomie zunehmend dazu bei, fossile Rohstoffe durch biogene Alternativen zu ersetzen. Wird heimische Biomasse in regionalen Wertschöpfungsketten unter verstärkter Nutzung von biogenen Koppelprodukten, Reststoffen und Abfällen eingesetzt, kommt es zu großen Synergieeffekten von Klimaschutz, Umwelt- und Ressourcenschonung und Wertschöpfung. Das Ansiedlungsmanagement kann damit innovative und nachhaltige Investitionen in Brandenburg forcieren und so wirtschaftliche Entwicklung passfähig mit Nachhaltigkeitszielen zusammenführen – dabei kommt dem nachhaltigen Umgang mit der Ressource Wasser sowie dem Erhalt des Waldes als Kohlenstoffsенke eine besondere Bedeutung zu. Mit dem Bekenntnis und der ergänzenden Beratung zu Guter Arbeit unterstützt das Land ebenso die soziale Nachhaltigkeit in Investitionsvorhaben.

Gemäß der obigen Darstellung qualitativer Kriterien für prioritäre Zielgruppen und Projekte der Ansiedlung ist die Umsetzung der Anforderungen an Klimaschutz und Nachhaltigkeit wie die inhaltliche Einordnung des Vorhabens, dessen Konzept zur Energieversorgung, zum Natur- und Umweltschutz, Wassermanagement und zur Anpassung an den Klimawandel, Aufbau und Optimierung von Kreislaufwirtschaftskonzepten, der sparsame Umgang mit Freiflächen Grundvoraussetzung für die

Förderung einer Ansiedlung durch das Land. Orientierung hierbei können sich im Aufbau befindliche Standards wie beispielsweise der Deutsche Nachhaltigkeitskodex (DNK) oder die Global Reporting Initiative (GRI) geben, auf deren Grundlage Unternehmen zunehmend ihre Nachhaltigkeitsberichterstattung in Richtung Investoren und Öffentlichkeit aufbauen.

4.3.3 Handlungsfeld: Länderübergreifende Kooperationen ausbauen

Die Wahrnehmung Brandenburgs zusammen mit Berlin als Deutschlands Hauptstadtregion hat sich in den zurückliegenden mehr als 15 Jahren für das Land sehr bewährt. Die aus dieser Zusammenarbeit hervorgegangenen Cluster sind zum beachteten Erfolgsmodell für die Stärkung einzelner Wirtschaftsbereiche, aber auch zur Schaffung von Synergien in der länderübergreifenden Technologie- und Wirtschaftskooperation geworden. In der Hauptstadtregion wird besonders deutlich: Der Osten Deutschlands holt wirtschaftlich auf. Diese Erfolgsgeschichte setzt sich jetzt in der Kooperation Brandenburg-Sachsen für die Transformationsregion Lausitz fort. Sie ist auch zwingend notwendig, denn die Alternative wäre eine Binnenkonkurrenz innerhalb einer länderübergreifenden Wirtschaftsregion um die gleichen Investorengruppen. Zudem würde das Gesamtbild der Region verwässert werden. Die Gemeinsamkeit hingegen macht die Region und ihre beteiligten Partner umso stärker, denn sie erhöht die kritische Masse und das starke gemeinsame Bild nach außen.

Die Kooperationsvereinbarungen der WFBB mit Berlin und Sachsen sind Beispiele, wie Wirtschaftsfördergesellschaften über Landesgrenzen hinaus gut zusammenarbeiten können, um einen gemeinsamen Wirtschaftsraum zu entwickeln. Diese Zusammenarbeit soll fortgesetzt und in geeigneter Weise ausgebaut werden. Darüber hinaus wäre zu prüfen, inwieweit solche Kooperationspotenziale und -bereitschaft auch im Industrieland Sachsen-Anhalt bestehen, zum Beispiel für das Cluster Kunststoffe und Chemie bzw. das übergreifende Transformationsthema Nachhaltige Produktion (Kreislaufwirtschaft, Leichtbau, Bioökonomie). Im Bereich „Smart Country“ – der digitalen Belebung des Landlebens – ist bereits eine Kooperation zwischen der WFBB und der IMG Sachsen-Anhalt abgeschlossen worden. Zu den Nachbarbundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen bestehen derzeit keine Kooperationen. Die Ausweitung der Kooperationen auf die zuvor genannten Bundesländer könnten positive Effekte für den ländlichen Raum in der nördlichen Region Brandenburgs haben. Daher wären weitere Kooperationen dahingehend positiv zu bewerten.

Neben den ostdeutschen Bundesländern wächst die polnische Wirtschaft mit einem rasanten Tempo. Die ländlichen Regionen an der Landesgrenze sowie die Grenzstädte, profitieren bereits heute von der dynamischen Wirtschaftsentwicklung in Polen. Die „Nachbarschaftsstrategie Brandenburg-Polen“ soll dazu beitragen, auch die weitere wirtschaftliche Verflechtung – über den engeren Grenzraum hinaus – zu verstärken. Um das große Potenzial der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Polen besser zu nutzen, wird angestrebt, die weitere Zusammenarbeit mit den polnischen Partnerwoiwodschaften des Landes gerade im Bereich der Wirtschaft weiter auszubauen.

4.4 Strategisches Ziel 4: Brandenburg als Land der Guten Arbeit

Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften, Kammern, die Bundesagentur für Arbeit und die LIGA der Wohlfahrtsverbände haben sich im Bündnis für Gute Arbeit gemeinsam dazu bekannt, Gute Arbeit als ihr Leitbild für eine moderne Arbeitswelt und fairen unternehmerischen Wettbewerb und damit als Grundlage für ein starkes, soziales und wirtschaftlich erfolgreiches Brandenburg anzuerkennen.

4.4.1 Handlungsfeld: Anpassung an neue Herausforderungen

Um den Herausforderungen bei der Fach- und Arbeitskräftegewinnung und -sicherung gerecht zu werden, muss sich Gute Arbeit dabei wie folgt definieren: eine anständige Bezahlung, sichere Arbeitsplätze, vielfältige Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen, ein betriebliches Gesundheitsmanagement, hohe Standards beim Arbeitsschutz und eine funktionierende Sozialpartnerschaft mit zukunftsfähigen Tarifverträgen. Das Land flankiert die Entwicklung von Guter Arbeit in den Unternehmen durch zahlreiche ESF-Förderprogramme des Landes Brandenburg, wie z.B. das Programm zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem oder die Weiterbildungsrichtlinie, um auch die Anpassung der Beschäftigten an neue Herausforderungen zu unterstützen. Diese Programme werden ergänzt durch entsprechende Angebote auf der Bundesebene, die ebenfalls in Brandenburg umgesetzt werden.

4.4.2 Handlungsfeld: Gewährleistung Guter Arbeit für einen „Place-to-be“

Zukünftig gilt es, in Umsetzung der Fach- und Arbeitskräftestrategie stärker als bisher Unternehmen und weitere Arbeitsmarktakteure für das Thema Gute Arbeit aufzuschließen. Auch im Rahmen der Investitionsförderung sind Beratungen zur Guten Arbeit Teil des Verfahrens. Ziel ist es, nicht nur ein auf die regionalen Bedarfe und Entwicklungen abgestimmtes Informations- und Beratungsangebot für Unternehmen zur Fachkräftesicherung anbieten zu können. Leben besteht nicht allein aus guter Arbeit, sondern es kommt auch auf die gelingende Integration vor Ort und das Wohlfühlen im lokalen Umfeld – dem „Place-to-be“ - an. Hier ist das Engagement der Kommunen gefordert.

4.4.3 Handlungsfeld: Strategische Anwerbeoffensive von Fachkräften

Die Fach- und Arbeitskräftestrategie des Landes sieht als neuen Handlungsschwerpunkt die Erschließung der Potentiale ausländischer Fach- und Arbeitskräfte für den Brandenburger Arbeitsmarkt vor. Dazu gehört auch die gezielte Gewinnung von Fachkräften aus dem Ausland für Brandenburger Unternehmen. Eine wichtige Aktivität zur Umsetzung des Handlungsschwerpunktes ist die Durchführung einer strategischen Anwerbeoffensive. Diese ist sowohl im Koalitionsvertrag 2019 vereinbart als auch vom Landtag gefordert (vgl. Beschluss "Ausländische Fachkräfte - eine Win-Win-Situation für Brandenburg", LT-Drs. 7/3547-B). Diese soll unter Einbindung weiterer fachlich beteiligter Partner (darunter insbesondere die Zentrale Auslandsvermittlung der Bundesagentur für Arbeit) umgesetzt werden.

5 Literaturverzeichnis

Altech Advanced Materials AG. (19.07.2021). Übernahme der Fertigungshallen für Batteriematerialien mit Unterstützung durch das Land Sachsen. Abgerufen am 23.08.2022 von <https://www.altechadvancedmaterials.com/en/company-announcements>

Ausschuss für Raumordnung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit (01.12.2016, 17. Sitzung). Gemeinsames Zukunftskonzept für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum – Vision 2030. Eingesehen unter: <https://www.kooperation-ohne-grenzen.de/de/zukunftskonzept/>

BASF. (12.02.2020). BASF stärkt mit weiterer Investition in Europa globale Führungsposition bei Batteriematerialien für Elektrofahrzeuge. Abgerufen am 23.08.2022 von <https://www.basf.com/global/de/media/news-releases/2020/02/p-20-127.html>

Bundesagentur für Arbeit (o.D.): Statistik zur Langzeitarbeitslosigkeit. Eingesehen unter: <https://statistik.arbeitsagentur.de/>

Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle. (o.D.). STARK – Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten. Abgerufen am 04.04.2022 von https://www.bafa.de/DE/Wirtschaft/Beratung_Finanzierung/Stark/stark_node.html

Bundesanzeiger Verlag GmbH. (13.08.2020). Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen. Abgerufen am 06.07.2022 von https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBI&jumpTo=bgbl120s1795.pdf#_bgbl_Prozent2FProzent2F*Prozent5BProzent40attr_idProzent3DProzent27bgbl120037.pdfProzent27Prozent5D__1662978094502

Bundesministerium der Justiz. (o.D.). Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) § 8a Zulassung vorzeitigen Beginns. Abgerufen am 28.08.2022 von https://www.gesetze-im-internet.de/bimschg/__8a.html.

Bundesministerium für Digitales und Verkehr. (26.04.2021). Förderung für Breitbandausbau wird auf "Graue Flecken" ausgeweitet. Abgerufen am 21.06.2022 von <https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2021/040-scheuer-graue-flecken-foerderung.html>

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. (o.D.). Wirtschaft in den Regionen stärken. Abgerufen am 24.05.2022 von <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/regionalpolitik.html>

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. (29.01.2020). Kabinett beschließt Kohleausstiegsgesetz. Abgerufen am 12.04.2022 von <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/20200129-kabinett-beschliesst-kohleausstiegsgesetz.html>

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. (o.D.). Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW): Evaluierung. Abgerufen am 07.04.2022 von <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Wirtschaft/gemeinschaftsaufgabe-evaluierung.html>

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz. (o.D.). Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Abgerufen am 07.04.2022 von <https://www.foerderdatenbank.de/FDB/Content/DE/Foerderprogramm/Bund/BMWi/gemeinschaftsaufgabe-verbesserung-der-regionalen.html>

Europäische Kommission (o.D.). Finanzierungsquellen für einen gerechten Übergang. Abgerufen am 21.02.2022 von https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal/finance-and-green-deal/just-transition-mechanism/just-transition-funding-sources_de

Europäische Kommission (o.D.). Europäische Struktur- und Investitionsfonds. Abgerufen am 21.02.2022 von https://ec.europa.eu/regional_policy/de/funding/

Europäische Kommission (o.D.). What is ESF+?. Abgerufen am 21.02.2022 von <https://ec.europa.eu/european-social-fund-plus/en/what-esf>

Gemeinsame Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg. (03.2021). Landesplanerische Konzept zur Entwicklung des Umfeldes der Tesla-Gigafactory Berlin-Brandenburg in Grünheide (Mark)

Landesregierung Brandenburg. (13.05.2019). Anlage zur Verordnung über den Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR)

Investitionsbank des Landes Brandenburg (o.D.). ProFIT Brandenburg. Abgerufen am 24.02.2022 von <https://www.ilb.de/de/wirtschaft/zuschuesse/profit/>

Investitionsbank des Landes Brandenburg (o.D.). GRW-G Große Richtlinie. Abgerufen am 24.02.2022 von <https://www.ilb.de/de/wirtschaft/zuschuesse/grw-g-grosse-richtlinie/>

Investitionsbank des Landes Brandenburg (o.D.). GRW - Ausbau der wirtschaftsnahen kommunalen Infrastruktur. Abgerufen am 24.02.2022 von <https://www.ilb.de/de/infrastruktur/wirtschafts-und-wirtschaftsnahe-investitionen/grw-ausbau-der-wirtschaftsnahen-kommunalen-infrastruktur/#dokumente>

Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Dialogforum Airport Berlin Brandenburg (KAG DF). (05.2021). Fortschreibung des Gemeinsamen Strukturkonzeptes (GSK) Flughafenregion Berlin-Brandenburg 2030 Endbericht.

Landesregierung Brandenburg, Staatskanzlei. (21.11.2006). „Brandenburger Servicepaket für Ansiedlung und Erweiterung“ - Serviceleistungen für Fachkräftebedarf künftig aus einem Guss. Abgerufen am 20.05.2022 von <https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.379132.de>

Landesregierung Brandenburg, Staatskanzlei (25.10.2019). Koalitionsvertrag 2019: Ein neues Kapitel für Brandenburg - Zusammenhalt, Nachhaltigkeit und Sicherheit. Gemeinsamer Koalitionsvertrag von SPD, CDU und BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Landesregierung Brandenburg, Staatskanzlei (14.09.2020). Wie die Landesregierung Brandenburg für die Lausitz arbeitet. Abgerufen am 24.05.2022 von <https://lausitz-brandenburg.de/>

Landtag Brandenburg. (20.05.2021). 44. Sitzung. TOP 3. Ausländische Fachkräfte - eine Win-Win-Situation für Brandenburg. Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. LT-Drucksache 7/3547.

Landesregierung Brandenburg, Staatskanzlei. (25.08.2022). Bericht der Landesregierung zur Regionalentwicklungsstrategie (2022). Erste Einreichung von Schlüsselvorhaben der Regionalentwicklung.

Landesregierung Brandenburg (08.03.2022). Kabinett beschließt neue Fach- und Arbeitskräftestrategie für Brandenburg. Abgerufen am 03.08.2022 von <https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.732639.de>.

Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg. (03.09.2018) „Brandenburg wirbt in Österreich um Investitionen“ Abgerufen am 03.06.2022 von <https://mwae.brandenburg.de/de/brandenburg-wirbt-in-ProzentC3ProzentB6sterreich-um-investitionen/bb1.c.608241.de>

Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg. (2019a). Regionale Innovationsstrategie (innoBB 2025 plus).

Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg. (09.09.2019b). Voller Energie und Zuversicht. Abgerufen am 19.09.2022 von <https://mwae.brandenburg.de/sixcms/detail.php?id=922880>

Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg. (2021a). Entwicklung von Betrieben und Beschäftigten in Brandenburg. Ergebnisse der fünfundzwanzigsten Befragungswelle des Betriebspanels Brandenburg. ISSN 1869-1218

Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg. (17.11.2021b). Steinbach: „Fahrplan für Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft steht“. Abgerufen am 31.05.2022 von <https://mwae.brandenburg.de/de/steinbach-fahrplan-fProzentC3ProzentBCr-aufbau-einer-wasserstoffwirtschaft-steht/bb1.c.725528.de>

Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg. (o.D.). Erneuerbare Energien. Abgerufen am 02.06.2022 von <https://mwae.brandenburg.de/de/erneuerbare-energien/bb1.c.478388.de>

Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg. (o.D.). Regionale Wachstumskerne. Abgerufen am 14.06.2022 von <https://mwae.brandenburg.de/de/regionale-wachstumskerne/bb1.c.478814.de>

Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Energie des Landes Brandenburg. (2022). Fachkräftesicherung. Abgerufen am 29.09.2022 von <https://mwae.brandenburg.de/de/regionale-wachstumskerne/bb1.c.478814.de>

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. (16.09.2022). Gemeinsame Erklärung zur Zukunft des Standorts Schwedt. Abgerufen am 19.06.2022 von <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/gemeinsame-erklaerung-zur-zukunft-des-standorts-schwedt-2127034>

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. (o.D.). Von der Kohle hin zur Zukunft. Abgerufen am 08.03.2022 von <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/kohleausstieg-1664496>

Rock Tech Lithium Inc. (11.10.2021). Europas erster Lithiumhydroxid-Konverter soll in Brandenburg entstehen. Abgerufen am 23.08.2022 von <https://www.rocktechlithium.com/de/presse>

Seils, E.& Emmler, H. (2022). Der untere Entgeltbereich. WSI Policy Brief Nr. 65, ISSN 2366-9527

Statistisches Bundesamt. (2022). Interaktive Karte "Hebesätze der Gemeinden". Abgerufen am: 10.05.2022 von <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Steuern/Hebesaetze.html>

Sächsische Staatskanzlei. (11.06.2019). Sachsens und Brandenburgs Wirtschaftsförderer gehen in der Lausitz gemeinsame Wege. Abgerufen am 03.06.2022 <https://www.medianservice.sachsen.de/medien/news/226004>

Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (o.D. a). 1,5 Millionen Euro an Förderung bewilligt: Start für das „Lausitz Investor Center“. Abgerufen am 01.08.2022 von <https://www.wfbb.de/aktuelles/newsletter/15-millionen-euro-foerderung-bewilligt-start-fuer-das-lausitz-investor-center>

Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (o.D. b). WFBB – Ihre Wirtschaftsförderung. Abgerufen am 24.08.2022 von <https://www.wfbb.de/pl/node/990>

Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH. (06.01.2021). Kooperation für die Lausitz wird ausgebaut. Abgerufen am 04.07.2022 von <https://www.wfbb.de/aktuelles/pressemitteilungen/kooperation-fuer-die-lausitz-wird-ausgebaut>

Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (15.09.2022). Pressemitteilung: WFBB eröffnet Büro in Schwedt/Oder - Wirtschaftsförderung unterstützt ansässige Unternehmen. Abgerufen am 05.10.2022 von <https://www.wfbb.de/aktuelles/pressemitteilungen/wfbb-eroeffnet-buero-schwedtoder-wirtschaftsfoerderung-unterstuetzt>